Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

zeichen
Nr. 2 | Sommer 2017

RECHTSPOPULISMUS

Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

ASF-Thema: Rechtspopulismus

4–5 Rechtspopulismus in Deutschland. Von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche + Rechtsextremismus

6–9 Rechtspopulismus im europäischen Vergleich. Von Britta Schellenberg

10–11 Stammtischparolen: Mut zum Widerspruch. Von Klaus-Peter Hufer

12–14 Antisemitismus im Rechtspopulismus. Eine ASF-Positionsbestimmung von Jutta Weduwen und Jakob Stürmann.

15 Hassverbrechen auf dem Vormarsch. Ein Interview mit Andrew Srulevitch

16 Kocham Cię, Europo. Von Jette Helberg

17 Häkchen für Häkchen dagegen. Week Against Racism. Von Chris Verfuß
Kommunikation für eine andere Welt. Gelebte Vielfalt in Istanbul und Berlin. Von Irem Nur Yildiz

18–19 Bewegungen für Demokratie und Vielfalt

Freiwillige berichten

20 Ein Mutausbruch. Von Mirijam Grab

21 Niemand wird geboren, um zu hassen. Von Nina Spieler

22–23 Kurznachrichten

Aktiv mit ASF

24 Personalwechsel im Vorstand

Andacht

25 Wahrheit – Kompass in Richtung Freiheit. Von Dr. Irmgard Schwaetzer

Gutes tun

26 Geldauflagen für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

27 Termine

Impressum:

Ausgabe: Nr. 2 Sommer 2017, 45. Jahrgang
Auflage: 11.000 Exemplare
Herausgeber: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
Auguststraße 80, 10117 Berlin
Redaktion: Kornelius Friz, Friederike Schmidt (verantw.)
Telefon: (030) 28395-184
Fax: (030) 28395-135
E-Mail: asf@asf-ev.de
Internet: www.asf-ev.de

Bildnachweise

Titel: www.ultramarinrot.de

Bilder: ASF-Archiv 5, 13, 18, 22, 23, 24, 30; AFP/Franck Pennant 7; Ullstein/Yves Herman 8; Polish Press Agency/Jacek Turczyk 9; Christian Ditsch 11; Facebook 12; Reuters/Shannon Stapleton 14; ADL 15; Jette Helberg 16; Mirijam Grab 20

Gestaltung: www.ultramarinrot.de

Förderung: Der Freiwilligendienst von Mirijam Grab, Jette Helberg, Nina Spieler, Chris Verfuß und Irem Nur Yildiz wird gefördert vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben im Rahmen von IJFD, von der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, durch das Programm Erasmus+ Jugend in Aktion im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes sowie der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

ASF-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | BIC: BFSWDE33BER

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

dieses *zeichen* erscheint kurz vor der Bundestagswahl. Der Wahlkampf wurde begleitet durch Debatten über den Umgang mit Einwanderung und Geflüchteten und die Sicherung der EU-Außengrenzen vor allem auf dem Mittelmeer. Anfang August haben wir uns mit einer Pressemitteilung zu Wort gemeldet, die vor einem rassistischen Wahlkampf warnte. Anlass dafür waren die Wahlplakate der AfD. Unabhängig vom Ausgang der Wahl ist das Thema Rechtspopulismus virulent. Es ist ein lästiges Thema, vielleicht auch eines, das Viele nicht mehr hören können. Deshalb wollen wir mit diesem *zeichen* vor allem Mut machen: Rechtspopulismus zu erkennen, zu widersprechen und gemeinsam vielfältige Zeichen dagegen zu setzen.

Wir steigen mit einer Analyse des Phänomens ein. Ein Text der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche + Rechtsextremismus* beleuchtet die neueren Erscheinungsformen in Deutschland. Die Münchner Wissenschaftlerin Britta Schellenberg gibt dann einen Überblick über die verschiedenen Strömungen rechtspopulistischer Parteien in Europa. Eine Einschätzung der Situation in den USA nach den Präsidentschaftswahlen erhalten wir durch ein Interview mit Andrew Srulevitch von der *Anti-Defamation League*. Der Bildungsforscher Klaus-Peter Hufer legt dar, wie wir gegen rechtspopulistische Stammtischparolen argumentieren können.

Freude bereiten die Berichte unserer Freiwilligen und Partner*innen, die viele Zeichen und kreative Ideen gegen Rechtspopulismus setzen. Sie berichten von Pro-Europa-Demonstrationen in Warschau, von einer Woche gegen Rassismus in den Niederlanden, von Kulturen der Vielfalt in Istanbul und Berlin und von vielen kraftvollen Bewegungen, die sich für Diversität und Gleichberechtigung stark machen.

Wir haben uns entschieden, den Bildern von Rechtspopulist*innen keinen Raum zu geben, um stattdessen lieber kreative Gegenbewegungen abzubilden. Sie finden Fotos von Menschen, die an vielen Orten der Welt für Mitmenschlichkeit und gegen Ausgrenzung und Populismus auf die Straße gehen. Denn, ja, rechtspopulistische Haltungen haben zugenommen. Doch es gibt auch die vielen Anderen, die für Frauenrechte, Vielfalt, Gleichberechtigung der Lebensformen und Demokratie auf die Straße gehen.

Rechtspopulismus zu widersprechen, ist eine wichtige Aufgabe für ASF. Durch die Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche + Rechtsextremismus, deren Träger ASF seit 2010 ist, wurde dieses Arbeitsfeld in den letzten Jahren bei ASF besonders verstärkt. Rechtspopulistische Machenschaften und Ziele sind mit ASF nicht vereinbar. Wir wollen mit diesem *zeichen* nicht nur über die gefährliche Wirkung informieren, sondern auch dazu ermuntern, weiterhin mit uns kreativ und entschieden für Demokratie und Vielfalt zu streiten. Darauf freue ich mich.

Im Namen aller Mitarbeiter*innen von ASF grüße ich Euch und Sie sehr herzlich,

Ihre und Eure
Jutta Weduwen

Rechtspopulismus in Deutschland

Seit Sommer 2015 erlebt Deutschland die schlimmste rassistische Gewaltwelle seit mehr als zwanzig Jahren. Eine Bestandsaufnahme der Strategien und Forderungen rechtspopulistischer Akteure in Deutschland

Allein im Jahr 2016 zählte die Bundesregierung mehr als 3.550 Straftaten gegen Flüchtlinge, darunter fast tausend Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Dabei wurden 560 Menschen verletzt, unter ihnen 43 Kinder. Nur vielen glücklichen Zufällen ist zu verdanken, dass es dabei keine Todesopfer gab. Gleichzeitig hat sich eine rechte Bewegung formiert, die rassistische mit antidemokratischer Agitation verbindet und punktuell an Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung anknüpfen kann – beginnend mit Pegida in Dresden, aber längst nicht mehr darauf beschränkt. Diese Bewegung ist nicht neonazistisch dominiert, die NPD spielt an den meisten Orten keine große Rolle mehr. Stattdessen bestimmen neue Akteur*innen die Dynamik: Die sich intellektuell gebende **Neue Rechte** will die Bundesrepublik in eine autoritäre und ethnisch homogene Gesellschaft verwandeln und knüpft an völkische Vorgänger des Dritten Reichs an. Die sogenannte **Identitäre Bewegung**, eine Gruppe von jungen rechtsextremen Aktivist*innen, verbindet rassistische und anti-freiheitliche Parolen mit popkulturellem und aktionistischem Auftreten. **Rechtspopulist*innen** erklären sich zu den wahren und einzigen Vertreter*innen vermeintlicher Volksinteressen – alle anderen Meinungen, egal ob von Gegendemonstrant*innen oder gewählten Parlamentsabgeordneten, werden so als illegitim und »volksverräterisch« bezeichnet, womit die Grundlage jeder demokratischen Debatte zerstört wird. Die Wahlerfolge der AfD sind Ausdruck und Ergebnis dieser Bewegung. Auch jenseits tätlicher Angriffe ist Gewalt allgegenwärtiger geworden: Rechte Internetseiten verbreiten Hass und Hysterie. Vor schrecklichen Kriegen geflüchtete Menschen werden als »Invasoren« diffamiert, Ängste vor »Islamisierung« und einem angeblichen »Bürgerkrieg« geschürt. Diskussionen – etwa in sozialen Netzwerken wie Facebook – sind oft von Beleidigungen, Verachtung und Verleumdung geprägt. Umgekehrt werden bisweilen berechtigte Kritik oder besorgte Fragen undifferenziert als rechtsextrem oder -populistisch abgekanzelt. Im gegenwärtig polarisierten Klima sind jedenfalls konstruktive Debatten über gesellschaftliche Probleme oder politische Lösungen immer schwieriger.

WAS IST RECHTSPOPULISMUS? UND WAS DIE NEUE RECHTE?

Unter **Rechtspopulismus** wird eine politische Strategie verstanden, die autoritäre Vorstellungen vertritt und verbreitete rassistische Vorurteile ausnutzt und verstärkt. In der Politikwissenschaft wird als Kern von Populismus eine demagogische Argumentation bezeichnet, die »den kleinen Mann« oder »das einfache Volk« gegen »das Establishment« oder »die da oben« stellt. Als Feind können Regierungsapparate, Konzerne, Parteien oder auch Medien dienen. Solche Argumente sind sowohl von links als auch von rechts denkbar. Rechtspopulist*innen aber grenzen die »Wir-Gruppe« nicht nur nach oben ab, sondern auch strikt nach außen, beispielsweise gegen ethnische oder religiöse Gruppen, in Deutschland meist gegen Menschen muslimischen Glaubens. Soziale Missstände und Kriminalität versuchen sie durch vermeintliche »rassische« oder kulturelle Besonderheiten zu erklären – beispielsweise werden Sinti und Roma pauschal als kriminell diffamiert.

Umgangssprachlich meint der Begriff **Rechtspopulismus** häufig eine gemäßigte oder modernisierte Form von Rechtsextremismus. In der Tat gibt es Schnittmengen zwischen beiden Phänomenen, aber Rechtspopulismus ist eher eine politische Strategie als eine geschlossene Ideologie. Er zeichnet sich oft aus durch inszenierte Tabubrüche, das Einfordern radikaler Lösungen und den Hang zu Verschwörungstheorien. Rechtspopulist*innen fordern oft »mehr Härte« gegen Kriminelle, Drogenabhängige oder auch Wohnungslose. Sie schüren Ängste vor »Überflutung« oder »Überfremdung« durch Migrant*innen und vertreten oft

islamfeindliche Positionen. Bei Themen wie Abtreibung, Ehe und Familie oder auch der Bildungspolitik ähneln ihre Positionen oft denen von Konservativen. Um sich vom Rechtsextremismus abzugrenzen, betonen Rechtspopulist*innen gern ihre Verfassungstreue – doch stellen sie in ihrer Agitation Grundwerte wie Menschenwürde, Gleichheit, Minderheitenschutz, Diskriminierungsverbot infrage.

Anders als in den Nachbarländern blieben rechtspopulistische Parteien in Deutschland lange relativ bedeutungslos. In jüngster Zeit aber ist die 2013 gegründete, inzwischen als rechtspopulistisch geltende, Alternative für Deutschland (AfD) erfolgreich.

Doch die neue Bewegung von rechts ist nicht nur rechtspopulistisch. In ihr ist auch die Neue Rechte stark präsent. Unter diesem Begriff wird eine geistige Strömung verstanden, deren Ziel die intellektuelle Erneuerung des Rechtsextremismus ist. Sie versucht, sich von der deutlich am historischen Nationalsozialismus orientierten »Alten Rechten« abzusetzen.

Die Titelseiten des »Compact Magazin für Souveränität« vom Januar, April und Juni 2017, fotografiert im Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin.

Wesentliche ideologische Elemente der Neuen Rechten sind: die Ablehnung von Individualismus und Liberalismus, von Parlamentarismus und gesellschaftlicher Vielfalt; Vorstellungen von einem ethnisch homogenen, hierarchischen und elitär geführten autoritären Staat; eine Frontstellung gegen das kritische Erinnern an den Nationalsozialismus.

Als wichtigste Zeitschriften der Neuen Rechten in Deutschland gelten **Junge Freiheit** (JF) und **Sezession**. Das in Schnellroda ansässige **Institut für Staatspolitik** (IfS) wird ebenfalls zur Neuen Rechten gezählt. Etliche Protagonist*innen der Strömung, etwa JF-Chefredakteur Dieter Stein oder die IfS-Gründer Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek, stammen aus extrem rechten Burschenschaften oder Studentenverbindungen wie der Deutschen Gildenschaft.

DIE ROLLE DER AFD

Die Wahlerfolge der AfD wären ohne das sie umgebende Milieu, ohne Pegida, ohne Zeitschriften wie das **Compact Magazin** nicht möglich gewesen. Ihre parlamentarischen Vertretungen agieren vor allem in Ostdeutschland als Bewegungspartei: Der Fokus ihrer Tätigkeiten liegt nicht auf klassischer Parlamentsarbeit wie der Mitwirkung in Ausschüssen. Sie legt ihren Schwerpunkt stattdessen auf Aktivitäten, die in die Gesellschaft wirken sollen, wie etwa das Durchführen von Kundgebungen und vor allem gezielte Provokationen, die hitzige Debatten auslösen sollen.

Während ihre Wahlergebnisse seit Mitte 2016 stagnieren und ihre politische Dynamik vorläufig gebrochen zu sein scheint, sollte doch festgehalten werden: Auch bei nachlassenden Stimmzahlen hat das Milieu um die AfD herum heute gesellschaftlich eine wesentlich stärkere Bedeutung als noch vor wenigen Jahren. Mit der Bewegung – und folglich mit der AfD – ist auf Dauer zu rechnen, weil es in weiten Teilen der Bevölkerung eine tiefgreifende Entfremdung vom politischen System der Bundesrepublik gibt. Diese ist vorläufig auch nicht rückholbar – vor allem weil sie an mehreren Punkten an Mehrheitsmeinungen anknüpfen kann: an einen weit verbreiteten Rassismus und auch an Ressentiments gegenüber dem Islam. Dies machte wieder einmal eine im Februar 2017 veröffentlichte Studie von *Chatham House* deutlich: In Deutschland sind 52 Prozent dafür, jegliche muslimische Zuwanderung zu stoppen, und nur etwa 18 Prozent dagegen.

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche + Rechtsextremismus
Die »Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus« ist ein Zusammenschluss von Initiativen und Organisationen, die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit innerhalb und außerhalb der Kirchen konstruktiv entgegentreten.

Rechtspopulismus im europäischen Vergleich

In ganz Europa sind populistische Parteien und Bewegungen auf Erfolgskurs. Welche Kernelemente haben sie gemeinsam, wie unterscheiden sich ihre Strategien und Forderungen? Und wie können ihre Ideologien gebrochen werden?

Radikal rechte Parteien und Bewegungen konnten sich in den vergangenen Jahren in zahlreichen europäischen Ländern profilieren. Das radikal rechte Spektrum reicht von rechtspopulistischen bis hin zu rechtsextremen Parteien, wobei in Westeuropa vor allem Rechtspopulisten Zustimmung finden. Der entscheidende Unterschied zwischen diesen beiden Typen ist ihre Haltung zur sogenannten Systemfrage: Während Rechtsextreme die gegenwärtige staatliche Ordnung und ihre Prinzipien klar ablehnen und teilweise aktiv angreifen, treten Rechtspopulisten nicht explizit systemoppositionell auf. Ohne ihre Kernideologie entscheidend zu ändern, geben sich einst eindeutig rechtsextreme Parteien wie der französische Front National heute verbal gemäßigter. So vermeidet dessen Chefin Marine Le Pen antisemitische Parolen und plumpen Rassismus, kritisiert hingegen in vereinfachender, teils hetzerischer Manier umso schärfer die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse.

Tatsächlich weist die aktuelle Erfolgskarriere des Rechtspopulismus europaweit Gemeinsamkeiten auf: So gibt es zum einen ähnliche Themensetzungen und strategische Weichenstellungen, zum anderen charakteristische Entstehungsursachen und Bedingungen für den Erfolg der Rechtspopulisten in Europa.

»DAS VOLK« GEGEN »DIE VOLKSFREMDEN«

Die populistischen Vertreter der radikalen Rechten reden nicht mehr offensiv von »Rasse« und »Rassentrennung«, sondern nutzen Konzepte wie den Ethnopluralismus – womit eine Vielfalt an angeblich zu unterscheidenden »Ethnien« gemeint ist, die sich nicht vermischen sollen.

Mit dem rechtspopulistischen »Volks«-Begriff wird ein Teil der Bevölkerung pluraler Gesellschaften der Gegenwart vereinnahmt, andere Teile hingegen werden als nicht-dazugehörig ausgegrenzt. Als »die Anderen« gelten insbesondere Minderheiten, Ausländerinnen sowie Journalisten, demokratische Politikerinnen und Menschenrechtsverteidiger. In Osteuropa ist das Repertoire der Feindgruppen meist breiter und die Ablehnung aggressiver: Neben Roma trifft der Hass vor allem Juden (zum Beispiel in Ungarn und Polen), ethnische Minderheiten (zum Beispiel Türken in Bulgarien) und Homosexuelle. In Westeuropa sind Muslimas zum Feindbild Nummer eins avanciert. Manche Rechtspopulisten in Westeuropa inszenieren sich aber auch, um den Islam als Bedrohung der Demokratie darzustellen, als Verteidiger von Minderheitenrechten (Homosexuelle) und Frauenrechten, so zum Beispiel in den Niederlanden Geert Wilders »Partei für die Freiheit«.

Top-Thema »Migration und Integration«: Gemeinsam sind den rechtspopulistischen Parteien in Europa ihre Bemühungen, Einwanderung zu beschränken, Integration zu erschweren und liberale Bestimmungen diesbezüglich rückgängig zu machen. Insbesondere wenn rechtspopulistische Parteien an Regierungen beteiligt sind oder diese dulden, erwirken sie umfangreiche Änderungen im Politikfeld Migration und Integration.

Feindbild EU: Eines der wichtigsten Feindbilder der europäischen Rechtspopulisten ist die überstaatliche Europäische Union. Charakteristisch für diese Stoßrichtung ist ein Wahlplakat der österreichischen FPÖ, auf dem gefordert wird, die »EU-Verräter« durch die FPÖ-»Volksvertreter« abzulösen. Der EU wird unterstellt, gegen die Interessen des »Volkes« zu wirken. Dafür wird sie als bürgerfern, überkomplex und bürokratisch karikiert.

Eine Demo in Marseille: »Lasst uns gegen den Rassismus marschieren, bevor der Rassismus über uns hinweg marschiert.«

Ungeachtet ihrer EU-Kritik kandidieren rechtspopulistische Parteien für das Europäische Parlament (EP) – mit wachsendem Erfolg. Im Sommer 2015, ein gutes Jahr nach der Europawahl, schlossen sich rechtspopulistische Parteien zur EP-Fraktion »Europa der Nationen und der Freiheit« zusammen und erhöhten damit ihre politischen und finanziellen Möglichkeiten erheblich. Im Herbst 2016 umfasste diese Fraktion den französischen Front National, die italienische Lega Nord, die niederländische Partei für die Freiheit und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ); darüber hinaus gehören ihr auch Einzelvertreter aus Belgien (Vlaams Belang), Deutschland (AfD), Rumänien (ehemals Partidul Conservator) und Großbritannien (ehemals UKIP) an.

AUTORITARISMUS UND AUFRÜSTUNG ALS VERSPRECHEN

Rechtspopulisten und Rechtspopulistinnen werben oft mit dem Versprechen, Recht und Ordnung durchzusetzen. Parteien wie die polnische Recht und Gerechtigkeit (PiS, 2015 mit 38 Prozent der Wählerstimmen Regierungspartei geworden) knüpfen hier bereits in ihrer Namensgebung an. Rechtspopulisten entwerfen häufig eine Art Polizei- und Überwachungsstaat als Vision, in dem Fragen der Sicherheit im Mittelpunkt stehen. Die Bedrohung wird klar von außen gesehen: Andere Länder, Flüchtlinge, potenzielle Migrantinnen und (weitere) Teile der eigenen Bevölkerung (»die Anderen«) werden als besondere Gefahr für Ordnung und nationale Sicherheit markiert. Charakteristisch für diese doppelte Abgrenzung ist das Dauer-Motto der FPÖ »Österreich zuerst«.

WIRTSCHAFT UND SOZIALPOLITIK – NATIONALE ABSCHOTTUNG ALS LÖSUNG

Ein gegenwärtiger Trend innerhalb des Rechtspopulismus ist die Ablehnung globaler Märkte und transnationaler Bündnisse. Bislang eher für Osteuropa typisch, werben heute auch die westeuropäischen Rechtspopulisten für sozial-nationalistische und autarkistische Volkswirtschaften. »National und sozial« ist mittlerweile ein typischer Slogan der radikalen Rechten europaweit. So nennt sich beispielsweise die FPÖ »soziale Heimatpartei« und wendet sich mit diesem Schlagwort gegen vermeintliche Souveränitätsverluste Österreichs. In Westeuropa haben die rechtspopulistischen Parteien jedoch häufig eine wirtschaftsliberale Tradition, die sich auch in den Wahlprogrammen und Aktivitäten zeigt. Parteien wie der Front National, die FPÖ und die AfD favorisieren eine Liberalisierung der nationalen Märkte und hofieren mittelständische Unternehmen. Dabei propagieren sie eine »nationale und soziale« Politik für die rechtspopulistisch definierte Volksgemeinschaft. Gerade in den skandinavischen Ländern, in denen ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit ein allgemein anerkanntes Gut ist, wird von Rechtspopulisten der Abbau des Wohlfahrtstaats meist kritisiert. Charakteristisch ist insgesamt, dass soziale und völkische Themen verknüpft werden, um rassistische und autarkistische Schlussfolgerungen vorzubringen. Der Front National fordert beispielsweise, Eingewanderten die Krankenversicherung zu entziehen. In den post-kommunistischen Ländern Osteuropas wird häufig eine stärkere staatliche Kontrolle der liberalisierten Märkte gefordert und – wie im Westen auch – gegen internationalen, insbesondere transatlantischen Freihandel agitiert.

UNTERSCHIEDLICHE POLITISCHE TRADITIONEN UND SELBSTVERSTÄNDNISSE

Der Rechtspopulismus ist in den europäischen Ländern durch unterschiedliche nationale politische Traditionen geprägt. Diese reichen von Erfahrungen in lange gewachsenen Demokratien über Erfahrungen mit Nationalsozialismus oder Faschismus, mit dem Stalinismus bis hin zu doppelten Diktaturerfahrungen. Von Land zu Land unterscheiden sich auch die Transformationserfahrungen der vergangenen Jahrzehnte, vor allem in Osteuropa sind sie stark geprägt durch den Fall des Eisernen Vorhangs und den Umbau von Plan- zu Marktwirtschaften; die Staaten und Gesellschaften Ost- und Westeuropas waren von der zunehmenden Globalisierung und Reformen des Sozialstaates in unterschiedlicher Schnelligkeit und Intensität betroffen.

OSTEUROPA: DEMOKRATIE UND MINDERHEITENRECHTE MÜSSEN KEINE OPTION SEIN

In Osteuropa erstarkte der Nationalismus nach dem Zerfall der Sowjetunion und des Ostblocks. Wirtschaftliche Probleme, zum Teil schwere Korruption, zahlreiche Regierungswechsel und geringe traditionelle Parteienbindungen führten zu einer von vielen als bedrückend wahrgenommenen gesellschaftlichen Instabilität. Massive Transformationsprozesse haben traumatische Erfahrungen, soziale Spannungen, Frustration, die Auflösung gesellschaftlichen Zusammenhalts und Ängste gegenüber einer neuen, beschleunigten, globaleren Welt hinterlassen.

»Sagt NEIN zur PVV« – Widerstand gegen die »Partei für die Freiheit«, deren Vorsitzender Geert Wilders ist. Im März 2017 wird sie auf diesem Schild in Amsterdam als »Partei für Freihandel und Fremdenhass« bezeichnet.

Anders als in westeuropäischen Staaten sind hier kaum Abgrenzungsbemühungen des politischen Mainstreams gegenüber radikal rechten Parteien sichtbar. Bei diesen ist die Grenze zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus oft fließend. Demokratie ist nicht die einzige vorstellbare Staatsform, und die Forderung, »das System« grundlegend zu reformieren oder abzuschaffen, ist nicht unüblich. Radikal rechte Parteien in Osteuropa beziehen sich zumeist auf autoritäre Staatsformen in der jeweiligen nationalen Geschichte, häufig auf die Zwischenkriegszeit. Die Gewaltbereitschaft ist tendenziell stärker als in Westeuropa, zum Teil existieren im Umfeld der Parteien paramilitärische Gruppen.

In Ungarn beispielsweise ist es der rechtsextremen Jobbik-Partei (20,2 Prozent der Stimmen in den Parlamentswahlen 2014) gelungen, wenn nicht an der Regierung beteiligt zu sein, diese doch ideologisch anzutreiben. So etwa beim Regierungsprogramm, der neuen Verfassung und der Einführung eines nationalen Trianon-Gedenktages. Die Erinnerung an eine heroische nationale Vergangenheit – in Ungarn verknüpft mit »der Schmach von Trianon« und dem hierauf bezogenen Opfermythos des ungarischen Volkes – eint Rechtskonservativismus und Rechtsradikalismus und begünstigt den fließenden Übergang. Die regierende rechts-autoritäre Fidesz-Patei (45 Prozent der Stimmen bei den Parlamentswahlen 2014) war einst als liberale Partei gestartet. Im Jahr 2015 richteten sich die Partei und ihr Vorsitzender Viktor Orbán mit Fragebögen und Plakatkampagnen, die Ressentiments gegen Flüchtlinge schürten, an die Bevölkerung. Auf ihnen stand auf Ungarisch: »Wenn Du nach Ungarn kommst, musst Du unsere Kultur respektieren« oder »Wenn Du nach Ungarn kommst, darfst Du den Ungarn keine Arbeitsplätze wegnehmen«. Jüngst wurde Ungarn zudem wegen seines Umgangs mit Flüchtlingen von internationalen Institutionen wie dem UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR und dem Europarat kritisiert.

WESTEUROPA: »MEINUNGSFREIHEIT« UND »DIREKTE DEMOKRATIE« OHNE MENSCHENRECHTE UND PLURALISMUS

Ihre »völkische« Botschaft und explizite Muslim-Feindlichkeit verbinden westeuropäische Rechtspopulisten häufig mit einem Plädoyer für »mehr Freiheit und Demokratie«, Begriffe, die sich häufig bereits in der Namensgebung der Parteien widerspiegeln. Die niederländische Partei für die Freiheit beispielsweise inszeniert sich als »Bürgerrechtspartei« und tritt für direkte Demokratie ein.

Insbesondere in gewachsenen Demokratien stellen sich Rechtspopulisten offensiv in die demokratische Tradition ihres Landes. Die Dänische Volkspartei und die niederländische Partei

Gebrochene Herzen: »Populismus zerstört« auf einem Protestplakat in Warschau. Im Vordergrund: »Über uns soll nicht ohne uns entschieden werden!«

für die Freiheit begreifen sich als die eigentlichen Vertreterinnen der demokratischen Werte des Landes. Diese werden wiederum in Abgrenzung zu »den Anderen«, den Feindbildern, konstruiert.

Während die Parteien gegen Gender-Mainstreaming wettern und sich für die traditionelle Familie mit der Frau als Mutter und Hausfrau stark machen, inszenieren sie sich durch Kampagnen gegen muslimische Einwanderer, die vermeintlich Frauen diskriminieren, oder gegen islamische Vorschriften als »Anwalt« demokratisch-liberaler Werte. In Westeuropa unterstreichen Rechtspopulisten ihr Politikverständnis oft durch Volksbegehren wie etwa über ein Minarettverbot und ein Burkaverbot (Schweiz), Bürgerinitiativen gegen den lokalen Moscheenbau oder Demonstrationen gegen »die Islamisierung« (Österreich, Deutschland, Dänemark, Niederlande et cetera). Dabei plädieren sie für mehr direkte Demokratie. Mit basisdemokratischen Ansinnen und damit der Etablierung kontroverser bürgerschaftlicher Debatten, hat das jedoch nichts gemein. Stattdessen entspricht es dem Volksverständnis der Rechtspopulisten (eine »Volkseinheit« wehrt sich) und ihrer Strategie, diffuse Vorurteile in der Gesellschaft zu verstärken. Somit ist es ein Vorstoß gegen die parlamentarische Demokratie.

Menschenrechte lehnen Rechtspopulisten weitgehend ab, was sich unter anderem in Forderungen nach der Abschaffung des Europäischen Gerichtshofs oder der Aufkündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention ausdrückt. Darum geht es beispielsweise in der Volksinitiative »Schweizer Recht statt fremde Richter«, auch »Selbstbestimmungsinitiative« genannt, welche die Schweizerische Volkspartei (SVP) im Sommer 2016 gestartet hat. Ihr Aufschrei für »Meinungsfreiheit« und gegen eine angebliche »Meinungsdiktatur« meint im Kern, dass sie sich rassistisch und menschenverachtend äußern wollen – anders als von rechtlichen Normen wie in Verfassungen, Anti-Diskriminierungsgesetzen, Beleidigungs- oder Volksverhetzungsparagraphen festgesetzt. Daher verunglimpfen sie die Verteidigung von Menschen- und Minderheitenrechten als »Gesinnungsjustiz« oder versuchen, durch Begriffe wie »politische Korrektheit« die Abwertung der angeblich »Anderen« zur Selbstverständlichkeit zu erheben.

RESÜMEE UND AUSBLICK

Da der Populismus von der scharfen Kritik an den gegebenen Verhältnissen lebt, vermag er nicht nur gesellschaftliche Debatten zu dominieren, vielmehr hat populistische Rhetorik den Impuls, sich stetig selbst zu radikalisieren. Tatsächlich hat die ausgrenzende oder beleidigende Sprache gegenüber den Feindgruppen der Rechtspopulisten seit einigen Jahren an Aggressivität zugenommen.

Um eine rationale Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen und individuellen Problemlagen zu ermöglichen, den Problemhaushalt einer Gesellschaft zu verstehen und ihre friedliche internationale Einbindung zu garantieren, muss die Grundfiktion des Rechtspopulismus durchbrochen werden: Der populistische »Volks«-Begriff, als homogene Einheit verstanden, steht im Widerspruch zur Wirklichkeit in modernen, ausdifferenzierten und vielfältigen Gesellschaften mit all ihren Bruch- und Konfliktlinien (cleavages). Er leugnet Gegensätze und Konflikte, die innerhalb aller Gesellschaften existieren und wahrgenommen werden müssen, um sozialen Ausgleich zu schaffen. Eine Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen kommt daher nicht ohne Dekonstruktion des populistischen Volksbegriffs aus.

Bei diesem Text handelt es sich um eine stark gekürzte und inhaltlich veränderte Fassung eines Artikels, der am 10. Januar 2017 im Dossier Rechtspopulismus der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlicht wurde: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240093/rechtspopulismus-im-europaeischen-vergleich-kernelemente-und-unterschiede#footnode8-8.

Die Kürzungen wurden mit der Autorin abgestimmt.

Dr. Britta Schellenberg ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Strategien gegen Rassismus, Diskriminierung und die Radikale Rechte.

Stammtischparolen: Mut zum Widerspruch

In der Gemeinde, bei der Arbeit oder auf Familienfesten. Überall begegnen uns rechtspopulistische Äußerungen. Wie können wir über Populismus sprechen, ohne auf Konfrontation zu gehen?

Sie kommen plötzlich und überraschend, Sprüche wie diese: »Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg«, »Das sind ja alles nur Wirtschaftsflüchtlinge«, »Die da oben machen doch, was sie wollen« oder »Unter Hitler war ja nicht alles nur schlecht«. Das sind die »Klassiker«. Nachdem in der letzten Zeit viele geflüchtete Menschen nach Deutschland gekommen sind, richten sich solche Äußerungen auch gegen sie und gegen »den Islam«. Etwa so: »Die haben ja alle Smartphones – so arm können sie ja gar nicht sein«, »Demnächst werden wir vom Islam beherrscht«. Es sind Stammtischparolen. Sie kommen aus der Tiefe und Mitte des Alltags, sie überrumpeln, man ist in der Regel nicht darauf vorbereitet. Und keineswegs werden sie nur an den Stammtischen geäußert, auch an der Ladentheke, im Kantinengespräch mit Kolleg/-innen, beim Plausch mit dem Nachbarn am Gartenzaun, im Zug, Bus oder der Straßenbahn und – besonders erschwerend – bei Familienfeiern tauchen sie auf. Sie sind immer und überall. Bei vielen unfreiwilligen Zuhörern und Zuhörerinnen macht sich Ratlosigkeit breit. Sprachhemmungen treten auch bei ansonsten redegewandten Menschen auf. Klar ist, dass das, was da geäußert wird, im Widerspruch zu demokratischen Prinzipien und den eigenen humanen Einstellungen steht. Doch zunächst ist man verblüfft und blockiert, da man nach richtigen Antworten und angemessenen Reaktionen sucht. Und wenn man etwas klarstellen will, dann ist man unversehens selbst Adressat/-in der herben Kritik, wird gar Opfer übler Beschimpfungen.

Stammtischparolen sind Behauptungen, die kein Wenn und Aber zulassen. Sie richten sich mit harten Urteilen gegen Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe, Lebensart, Religion oder sozialer Situation. Mit den Tiraden wird eine vielfache Frontstellung bezogen: Es wird gewettert gegen »Ausländer«, Asylanten«, »den Islam«, »Sozialschmarotzer«, »die da oben, die Politik machen«, »Schwule«, »Feministinnen« und so weiter. Letztendlich aber liegt dem ausufernden und meistens lauter werdenden Wortschwall immer dasselbe Muster zu Grunde: Es sind »die«. Die »anders« sind, eine andere Kultur, einen anderen Lebensentwurf, eine andere Herkunft, eine andere soziale Situation, eine andere sexuelle Präferenz haben.

Im Klartext geht es um ein autoritäres Politikverständnis, um Rassismus, Verharmlosung, mitunter auch Verklärung des Nationalsozialismus. Gesellschaftliche Minderheiten werden mit pauschalen Verunglimpfungen belegt. Es äußert sich der alltägliche Rechtspopulismus.

Warum nur ereifern sich Stammtischbrüder und -schwestern so? Was meinen sie verteidigen zu müssen? Die Gründe liegen einerseits in der Tiefe menschlicher Psyche, andererseits in den eingeübten sozialen Anpassungsleistungen: Das »Andere« wird als bedrohlich empfunden, die vermeintliche Stabilität eines ausbalancierten Lebens wird infrage gestellt.

Leicht ist es daher nicht, die Parolen auszuhebeln. Denn an deren Heftigkeit und Hartnäckigkeit sind tief und fest verwurzelte psychische Voraussetzungen beteiligt. Soziale Vorurteile spielen da eine Rolle. Sie sind im Laufe eines Lebens aufgebaut worden, mit ihnen hat man sich die Welt zurechtgelegt, wie sie passend erscheint. Aber gegen vorurteilsbeladene, autoritätsgestützte Ressentiments richten mit Vernunft vorgetragene Argumente zunächst einmal nicht viel aus. Und es bedarf einiges an Courage, um dagegenzuhalten. Nicht selten ist man alleine und sieht sich gleich mehreren dieser Sprücheklopfer gegenüber, die sich un-

tereinander bestätigen und in der Heftigkeit ihrer Äußerungen wechselseitig hochschaukeln. Es sind Aggressionen im Spiel, die bekommen dann auch diejenigen ab, die widersprechen. Sie werden zu Stellvertretern für die, die gemeint sein sollen.

Trotz dieser Vorbehalte gibt es eine Reihe von guten Gründen, sich den Stammtischparolen nicht schweigend auszusetzen: Erstens ist es ein gutes Gefühl, den Mund aufgemacht und nicht schicksalsergeben dabeigesessen zu haben. Zweitens weiß man ja nie, ob nicht doch noch der Funke überspringt. Drittens gibt es die Unentschiedenen, Zuschauenden, Indifferenten und Dabeisitzenden. Diese können durch einen authentischen, also echt und entschlossen wirkenden, Auftritt beeindruckt werden. Viertens kann man sich zivilen Mut antrainieren – und zwar indem man ihn praktisch erprobt. Fünftens gehören die öffentlichen Plätze in diesem Land nicht denjenigen, die lautstark und mit autoritärer Selbstgerechtigkeit die Kultur einer liberalen Demokratie niedertrampeln, letztendlich im eigentlichen Sinn des Wortes. Demokratie muss immer wieder aufs Neue vertreten und verteidigt werden. Sechstens ist es ein Gebot der Humanität, Menschen in Schutz zu nehmen, die bedroht und bedrängt werden. Stammtischparolen fallen nicht sang- und klanglos in sich zusammen, sondern sie enthalten ein Gewaltpotenzial; von der verbalen Gewalt gibt es oft fließende Übergänge zur physischen Gewalt. Siebtens schließlich wird man ja – trotz mancher, auch hier zum Ausdruck gekommener Zweifel – noch weiter von der Kraft der Aufklärung und der Vernunft überzeugt sein dürfen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, dass das Gespräch beziehungsweise die Auseinandersetzung Stunden oder auch Tage später noch seine Wirkung zeigt. Denn es beeindruckt, wenn jemand klar, entschieden und unbeirrt aufgetreten ist – gerade denjenigen kann man so imponieren, die sich hinter stark erscheinenden Sprüchen verstecken müssen.

Dabei müssen es nicht brillante, schlagfertige, höchst eloquente und mit aktuellen Fakten abgesicherte Widerworte oder Gegenreden sein. Das ist in der spontan auftretenden Situation auch nicht so ohne Weiteres zu leisten. Es reicht schon, wenn man einfach den Mund aufmacht, »Stopp« sagt und entschieden mitteilt, dass man das nicht hören will. Das gesagt zu haben, gibt schon einmal Mut. Im Laufe der Zeit wächst die Standhaftigkeit und mit ihr fallen differenziertere Antworten leichter. Dann kann man beispielsweise danach fragen, was wäre wenn der Gegenüber selbst Opfer von Wirtschaftskrisen oder Diktaturen würde und in einem anderen Land Zuflucht nehmen müsste. Dann kann man auch darauf verweisen, wie viele Anteile der reiche Westen an den wirtschaftlichen und sozialen Katastrophen südlicher Länder hat. Dann wird man hartnäckig Antworten dazu erwarten, wie Lösungen der vorgegebenen Probleme aussehen. Und schließlich wird man auf eine Auskunft drängen, wo und wie »die Anderen« die eigene Lebenssituation tatsächlich verändern oder erschweren.

Letztendlich lohnt es sich für jeden und jede selbst. Denn es ist einfach ein besseres Gefühl, widersprochen, den Mut dazu gefunden zu haben, als einfach den Kopf einzuziehen und zu schweigen. Wer also den Stammtischparolen etwas entgegensetzt, belohnt auch sich selbst.

LITERATUR

Boeser-Schnebel, Christian/Hufer, Klaus-Peter/Schnebel, Karin/Wenzel, Florian: Politik wagen – Ein Argumentationstraining, Schwalbach 2016

Hufer, Klaus-Peter: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen, Schwalbach/Ts., 10. Aufl. 2016

Hufer, Klaus-Peter: Argumente am Stammtisch – Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus, Schwalbach/Ts., 7. Aufl. 2016

Klaus-Peter Hufer, apl. Prof. Dr., ist außerplanmäßiger Professor an der Fakultät Bildungswissenschaften der Universität Duisburg-Essen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind politische Erwachsenenbildung in Theorie und Praxis. Dazu hat er zahlreiche Veröffentlichungen verfasst bzw. herausgegeben.

Antisemitismus im Rechtspopulismus

Eine ASF-Positionsbestimmung von der Geschäftsführerin Jutta Weduwen und Jakob Stürmann, Beisitzer im ASF-Vorstand.

***zeichen*: Welche Bedeutung hat Antisemitismus in der AfD als Beispiel für die rechtspopulistische Bewegung?**

Jutta Weduwen: Antisemitismus ist im rechtspopulistischen Umfeld weniger virulent als in Parteien und Gruppierungen der extremen Rechten, wie der NPD. Es gibt Fälle, in denen sich Abgeordnete oder Funktionäre der AfD eindeutig antisemitisch geäußert haben. Das reicht von Holocaust-Leugnungen, über Vergleiche des israelischen Militärs mit den Nationalsozialisten, über Behauptungen zur jüdischen Kontrolle der weltweiten Finanzmärke bis zu den Aussagen des damaligen württembergischen AfD-Abgeordneten Wolfgang Gedeon. Dieser formulierte schon vor seinem Einzug in den Landtag unverhohlen verschwörungstheoretische Thesen über den vermeintlichen jüdischen beziehungsweise zionistischen Einfluss auf Medien und Politik. Die nachweislich zur antijüdischen Propaganda erfundenen »Protokolle der Weisen von Zion« bezeichnete er als »genial« und zweifelte an, dass es sich um eine Fälschung handele. Einige AfD-Politiker, die sich antisemitisch äußerten, wurden zwar ihrer Ämter enthoben oder traten zurück, sie agieren aber weiterhin innerhalb der AfD oder in deren Umfeld.

Frauke Petry hat vor einigen Monaten in einem Interview gesagt, die AfD sei »einer der wenigen politischen Garanten jüdischen Lebens auch in Zeiten illegaler antisemitischer Migration nach Deutschland«. Wie ist diese Aussage einzuordnen?

Jutta Weduwen: Auffällig ist, dass antisemitische Äußerungen von AfD-Politikern nicht von innen aufgedeckt werden, sondern es erst nach scharfer Kritik von außen zu Distanzierungen kommt. Oft folgen sie dem Muster der inszenierten Tabubrüche, denen Schadensbegrenzungen und Beteuerungen, man sei falsch verstanden worden, folgen. Insofern ist die Aussage Petrys zynisch. Typisch ist, dass sie ihre Position gleich mit einer pauschalen Aussage über »illegale antisemitische Migration« verbindet. Das Eintreten für die jüdische Gemeinschaft wird für die rassistischen AfD-Feindbilder instrumentalisiert.

In der Partei und ihrem Umfeld sind rassistische, diffamierende, unsoziale und geschichtsrevisionistische Positionen verbreitet. Es wird ein völkisches »Wir« konstruiert, Vielfalt wird abgelehnt und den »ewig Zukurzgekommenen« werden in simplen Erklärungen die Übeltäter gegenübergestellt: Journalist*innen, Politiker*innen, Zugewanderte, Muslim*innen, Flüchtlinge et cetera. Diese Verschwörungs-, Ausgrenzungs- und Abwertungsmechanismen sind genuin andockfähig für Antisemitismus.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste engagiert sich in vielfältiger Weise gegen Antisemitismus, wie hier am 14. September 2014 bei einer Demonstration gegen Antisemitismus in Berlin

Petry hat für ihre Aussage viel Protest und Widerspruch vor allem auch von Jüdinnen und Juden erhalten. Die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch schrieb auf Facebook: »Die AfD steht für Antisemitismus, Rassismus, Fremdenhass, Geschichtsklitterei, Revisionismus, Demokratie- und Freiheitsfeindlichkeit. Stünde sie an der Seite der jüdischen Menschen, hätte sie sich – noch bevor es zu spät war – von allen vorgenannten Radikalitäten glaubhaft, konsequent und nachhaltig getrennt. Die AfD ist für jüdische Menschen nicht wählbar!«

Wie sind die Friedensmahnwachen einzuschätzen, die im Zuge der Maidan-Bewegung und des Krieges in der Ukraine entstanden sind?

Jakob Stürmann: Die seit dem Frühjahr 2014 bestehenden sogenannten montäglichen Friedensmahnwachen, deren Ausläufer es bis heute gibt, haben versucht, friedensbewegte Personen für rechtspopulistische Zwecke zu instrumentalisieren. Die Demonstrationen stellten sich durch die Namensgebung und ihre Abläufe in die Tradition der Friedensbewegung der 1980er Jahre und der Montagsdemos von 1989/90. Tatsächlich hatten sie jedoch mit beiden nichts gemein. Kriegssituationen auf der Welt wurden als Anlass genommen, um Verschwörungstheorien zu verbreiten. Antiamerikanismus und Antisemitismus waren Grundlagen vieler auf den Demonstrationen geäußerter Redebeiträge. Allein auf der ersten Berliner Mahnwache traten mit Ken Jebsen und Jürgen Elsässer zwei Hauptredner auf, denen nach gängigen wissenschaftlichen Standards seit längerem antisemitische, verschwörungstheoretische und antiamerikanische Äußerungen vorgeworfen werden.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste hat von Beginn an die sogenannten Friedensmahnwachen kritisiert. Die Reproduktion vorgefertigter Meinungen und einseitige Darstellung der Situation in Kriegsgebieten lösen keine Konflikte. Den genannten Aufrufen folgen auch viele Menschen, die sich selbst als christlich beziehungsweise politisch links wahrnehmen. Dies zeigt uns erneut, dass Antisemitismus ein Phänomen des gesamten politischen Spektrums ist. Sogenannte Friedensmahnwachen sind hierbei Teil des Problems und boten zu keinem Zeitpunkt konstruktive Lösungsansätze.

Und wie stehen Rechtspopulist*innen zu Israel?

Jutta Weduwen: Hier kann man nicht von einer einheitlichen Haltung sprechen. Aussagen der Parteispitzen unterscheiden sich an verschiedenen Stellen signifikant von der Basis. Sowohl die FPÖ in Österreich als auch der Front National in Frankreich haben sich in ihren Verlautbarungen zur jüdischen Gemeinschaft und zu Israel gewandelt. Während sie sich früher eindeutig antisemitisch äußerten, geben sich die Spitzenpolitiker*innen heute israelverbunden im vermeintlich gemeinsamen Kampf gegen den Islam(ismus). So sprechen auch Geert Wilders und der AfD-Funktionär Markus Pretzell.

Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen verfügen nicht über ein geschlossenes israel-feindliches oder israel-freundliches Weltbild. Israelfreundliche Äußerungen einzelner Politiker*innen zielen primär auf die Abgrenzung vom Islam. Es ist für mich nicht sichtbar, dass Wilders, Hofer, Le Pen, Pretzell und Co. die Bedeutung Israels in ihrem historischen, (geo-)politischen, religiösen und sozialen Kontext zur Grundlage ihrer Haltung machen. Eher

erlebe ich israelsolidarische Aussagen als instrumentalisierend für die Festigung des Feindbildes Islam.

Warum und in welcher Form sollte sich ASF zu Rechtspopulismus positionieren?

Jakob Stürmann: Diese Fragen, wie und warum wir uns gegen Rechtspopulismus positionieren, gehen natürlich weit über die Bedeutung von Antisemitismus in rechtspopulistischen Bewegungen hinaus. Engagement gegen Antisemitismus und Rassismus und der Kampf für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft sind grundlegend für unsere Arbeit. Damit steht diese im direkten inhaltlichen Gegensatz zum Rechtspopulismus. Rechtspopulist*innen verbreiten diffuse Ängste und wollen Teilen der Gesellschaft das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe absprechen. Dem treten wir als zivilgesellschaftlicher Verein mit unserer Freiwilligenarbeit, mit Teilnahmen an Demonstrationen und durch Publikationen entschieden entgegen. Es erschreckt uns, dass rechtspopulistische Forderungen immer breitere gesellschaftliche Akzeptanz finden.

Rechtspopulistische Bewegungen und Parteien verfolgen durch Reden und Handeln parallel zwei Strategien: Durch permanente verbale Grenzübertretungen verschieben sie politische Debatten soweit, dass antisemitische, rassistische und völkische Positionen innerhalb eines Großteils unserer Gesellschaft stärker sagbar werden. Hierdurch entsteht – gewollt oder ungewollt – ein gesellschaftliches Klima, das die extreme Rechte als Auftrag begreift, ihre antisemitischen und rassistischen Ideologien in Taten umzusetzen. Gleichzeitig spekulieren rechtspopulistische Parteien und Bewegungen durch ihre verbalen Grenzübertretungen aber ebenso auf große Resonanz. So können sie sich als Vertreter*innen eines angeblich nicht mehr wahrgenommenen Teils der Gesellschaft stilisieren.

Im Umgang mit Rechtspopulismus ist es auch wichtig, dass wir nicht unsere eigenen Arbeitsbereiche aus dem Blick verlieren. Die Freiwilligenarbeit, die aus einer persönlichen Ebene heraus gesellschaftliche Veränderungen anstößt, zivilgesellschaftliche Erinnerungsarbeit und der Kampf gegen in der Gesellschaft vorhandenen Antisemitismus und Rassismus sind Themen, die im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen. Auch Debatten um Krieg und Frieden in einer komplexen Welt begleiten uns und unsere Freiwilligen. Diese Debattenräume müssen wir weiterhin behalten oder zurückgewinnen und für progressive gesellschaftliche Veränderungen streiten.

Die Fragen stellte **Friederike Schmidt**, Öffentlichkeitsreferentin von ASF.

Hassverbrechen auf dem Vormarsch

***zeichen*: Womit beschäftigt sich die »Anti-Defamation-League«? Was sind ihre wichtigsten Projekte?**

Andrew Srulevitch: Als ADL gehen wir gegen Antisemitismus, Hass und jegliche Form von Borniertheit vor. Dies erreichen wir durch Lobbyarbeit auf lokaler, Landes-, Bundes- sowie internationaler Ebene. Wir machen Bildungsarbeit in Schulen zu den Themen Vorurteile und Rassismus und positionieren uns öffentlich gegen Hass. Zudem bieten wir juristische Schulungen an zum Umgang mit extremistischen und terroristischen Bedrohungen und arbeiten mit IT-Firmen zusammen, um Hassbotschaften im Internet zu begegnen. Unser ADL-Extremismus-Zentrum forscht zu allen Formen von Rechts- und Linksextremismus sowie zu islamistischen Extremisten. In Kürze eröffnen wir ein Büro im Silicon Valley, um unsere Arbeit mit der Industrie und Social-Media-Anbietern zu verbessern und Hass im Internet etwas entgegenzusetzen. Außerdem arbeiten wir an technischen Lösungen, um Informationen zu Hate crime zu erfassen und darzustellen.

Welche Veränderungen bemerken Sie, seit Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten ist, insbesondere in Bezug auf Ihre Zielgruppen?

Eine der auffälligsten Veränderungen seit den Wahlen ist der Werteverfall in unserer Gesellschaft. Die Werte unserer Gesellschaft und die Art und Weise, höflich und respektvoll miteinander zu reden, stehen auf dem Spiel und werden untergraben. Während des Wahlkampfs beobachteten wir, dass jüdische Journalist*innen regelmäßig auf Twitter beleidigt und angegriffen wurden. Sich überlegen fühlende Weiße überfluten das Internet mit antisemitischen Parolen. Dies ermutigt weiße Nationalist*innen und Gruppen mit Überlegenheitsanspruch. Hate crime und Vandalismus sind auch deshalb auf dem Vormarsch.

Die Macht der Worte war im Wahlkampf gut zu beobachten. Vieles ist gesagt worden, auch vieles Unsägliches. Wie schätzen Sie die Veränderungen im Alltag der Menschen ein, also bei der Arbeit, in der Nachbarschaft, in Schulen?

Die Anzahl von Hate crimes ist seit den Wahlen gestiegen. Wir wurden Zeugen einer Welle von Stereotypen und entmenschlichender Sprache gegen Migrant*innen und andere Minderheiten. Noch Monate nach den Wahlen erreichen die ADL-Büros landesweit Anrufe mit der Schilderung haarsträubender Hate crimes und Schikanen. So hielt beispielsweise vergangenes Wochenende der Ku-Klux-Klan, eine Gruppe Weißer mit Überlegenheitsanspruch, eine Kundgebung in Virginia ab, die eine Serie von Demonstrationen und Gegenprotesten auslöste. Und die so genannten »Alt Right« und andere Gruppen, die sich für einen weißen Nationalismus einsetzen, planen in den kommenden Wochen weitere Kundgebungen.

Was können wir konkret tun? Wie sollten wir uns jetzt engagieren?

Staatliche Behörden, Gesetzeshüter*innen, die Zivilgesellschaft und die oder der einzelne Bürger*in müssen ihre Ressourcen bündeln, um mit Bildungsangeboten weiterhin die Öffentlichkeit für die Themen Hass und Extremismus zu sensibilisieren. Momentan engagieren wir uns intensiv gegen Extremismus und Hass im Netz.

Die Anti-Defamation League (ADL) ist eine nordamerikanische Menschenrechtsorganisation. Von ihrem Hauptsitz in New York City aus tritt sie gegen Diskriminierung und Diffamierung von Jüdinnen und Juden in den Vereinigten Staaten und weltweit ein. Die Menschenrechtsorganisation wurde 1913 in Chicago gegründet und vereint in ihrem vielfältigen Programm neben dem Einsatz für religiöse Freiheit auch demokratiestärkende Bildungsarbeit sowie die Forderung nach gleichen Rechten für Frauen, Homo- und Transsexuellen sowie Geflüchteten.
Die ADL stellt im Zuge der Tragödie von Charlottesville zahlreiche Materialien online zur Verfügung, um noch mehr Hass und Gewalt durch weiße Vorherrschaft vorzubeugen.

Wir setzen uns auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass die Strafen für Hate crimes verschärft werden, damit der Schutz aller Minderheiten sichergestellt ist.

Die Fragen stellte **Friederike Schmidt**.

Andrew Srulevitch ist stellvertretender Leiter der ADL für Internationale Angelegenheiten.

li.: »Meine Stimme, meine Geschichte, mein Körper – Vereint für die Hoffnung«. Demonstrantinnen fordern mehr Selbstbestimmung beim Women's March im Januar 2017

Europa, ich liebe Dich: Die ASF-Freiwillige Jette Helberg schwenkt gleich zwei EU-Flaggen.

Kocham Cię, Europo

Seit zehn Monaten lebe ich in Polen. Ich habe unzählige Diskussionen geführt, Zeitungsartikel gelesen und aktiv an Politik teilgenommen. Ich kann nicht leugnen, dass ein gewisser Nationalstolz in Polen gang und gäbe ist. Er äußert sich etwa in Form von T-Shirts, die mit polnischen Adlern und POLSKA-Schriftzügen bedruckt sind. Die weiß-rote Flagge ist allgegenwärtig. Betrunkene grölen »Polska, biało-czerwony« – »Polen, weiß-rot«. Doch der große Bruder des Nationalstolzes ist mittlerweile auch allen bekannt: der Rechtspopulismus. Auch er begegnet mir viel zu oft.

Mein überwiegend positives Bild von Polen ist derzeit von den folgenden bedauerlichen Ereignissen überlagert: Eine Gruppe einer Berliner Schule, die zu großen Teilen aus muslimischen Jugendlichen bestand, bereiste polnische Gedenkstätten und Orte des Holocaust. Einige ASF-Freiwillige hatten für sie in verschiedenen Städten Ausflüge und Führungen organisiert. Die Erfahrungen, die die Gruppe in Polen machte, waren jedoch erschreckend. Immer wieder waren sie verbalen und physischen Anfeindungen gegen ihre Sprache, Kultur und ihr Aussehen ausgesetzt. Auf offener Straße gerufene Beleidigungen, obszöne Gesten und Menschen, die sich wegsetzten, weil ein Mädchen ein Kopftuch trägt, sind nur wenige dieser Situationen.

Während sich Polen hier von seiner hässlichen Seite zeigt, werden auch oppositionelle Stimmen in Politik, Presse und öffentlichem Leben laut. Unter dem Motto »Kocham Cię, Europo« (Ich liebe Dich, Europa) begannen im April 2017 auch in Polen die Pro-EU-Demonstrationen. Ich habe das Potential Polens unterschätzt. Als ich mit einer Freundin auf den Platz kam, wo die Demo beginnen sollte, war ich überwältigt von der Anzahl der Leute, die gekommen waren, um Europa eine Liebeserklärung zu machen. Der Zug von Menschen durch die Altstadt war blau-gelb und nicht weiß-rot. Die Europaflagge hatte die polnische abgelöst. Seit diesem Tag hängt eine in meinem Zimmer. Ist das die Antwort auf Rechtspopulismus? Vielleicht ja schon. Wer Europa liebt, sollte es auch in seiner Diversität mögen. Diese Diversität äußert sich in Polen nicht besonders stark in der Bevölkerung, doch vielleicht ist diese Demo ein Schritt zu mehr Akzeptanz für andere. Und ein Schritt weg vom Populismus, der andere ausschließt.

Jette Helberg zu Besuch bei einer Klientin

Jette Helberg, Jahrgang 1998, ist Freiwillige in Warschau, Polen. Sie arbeitet im Büro der Fundacja Polsko-Niemieckie Pojednanie (Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung) und besucht und unterstützt Senior*innen zu Hause.

Häkchen für Häkchen dagegen

Week Against Racism

Ich erinnere mich genau, wie wir zusammen im Büro unsere Kampagne anlässlich der Novemberpogrome von 1938 und die »Week Against Racism« in Angriff nahmen. Ich habe unzählige NGOs in ganz Europa angerufen und sie auf unser politisches Programm aufmerksam gemacht, in der Hoffnung, gemeinsam ein Zeichen gegen Rechtspopulismus setzen zu können. Als Freiwilliger war ich in den Niederlanden in der politischen Bildungsarbeit tätig. Mein Projekt »UNITED for Intercultural Action« ist ein europäisches Netzwerk, das im Austausch mit politischen Graswurzel-Organisationen und NGOs Jahr für Jahr Kampagnen durchführt. Hinter jedes Land auf unserer Liste haben wir einen Haken gesetzt, wenn wir eine dortige NGO motivieren konnten, mitzumachen. Doch auch außerhalb des Büros waren wir aktiv. Viele Flyer und Postkarten habe ich auf den Straßen Amsterdams verteilt und bei der Durchführung einer Antirassismus-Demo geholfen.

Im Laufe der Monate bekamen alle auf der Arbeit mit, dass sich der Rechtspopulismus in Europa hochschaukelte. Symptome dafür waren unter anderem Pegida und die AfD in Deutschland, der sich anbahnende Brexit in Großbritannien, die politischen Erfolge von Geert Wilders in den Niederladen oder Viktor Orbán in Ungarn. Auch Donald Trump dominierte bereits die internationalen Medien. Ich erinnere mich noch genau, wie unrealistisch es für die jungen Aktivist*innen auf einer der internationalen UNITED-Konferenzen schien, dass er US-Präsident werden könnte. Als ich mit anderen europäischen Freiwilligen einmal durch Arnhem ging und Passant*innen fragte, was sie von Geert Wilders hielten, belächelten sie ihn nur und meinten, dass man ihn nicht ernst nehmen könne.

Doch die beunruhigenden Tendenzen in der Welt hatten für mich auch etwas Positives an sich. Ich konnte förmlich spüren, wie die politische Lage uns junge Menschen und Aktivist*innen umso stärker motivierte, die Arbeit gegen Rechtspopulismus, Antisemitismus und Fremdenhass voranzutreiben. Am meisten bewundere ich dabei den internationalen Zusammenhalt. Wir waren von der Herkunft so verschieden, wie es nur ging, doch wir hatten alle dasselbe Ziel. Das gibt mir bis heute Mut und Hoffnung, dass wir irgendwann erfolgreich sein werden.

Chris Verfuß, Jahrgang 1997, war 2015–2016 Freiwilliger in Amsterdam bei UNITED for Intercultural Action. Er studiert Deutsch und Geschichte auf Lehramt in Berlin und ist studentischer Mitarbeiter im ASF-Regionalreferat.

Kommunikation für eine andere Welt

Gelebte Vielfalt in Istanbul und Berlin

»Rechtspopulismus nimmt überall auf der Welt zu« – ein Satz, den ich oft gehört habe, seit ich ein kleines Kind war. Geboren im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, als in Demokratien überall auf der Welt neue rechtspopulistische Parteien gegründet wurden, wurde ich Zeugin, wie diese zunehmend an Macht gewannen. Dies machte die intolerante, engstirnige und unfreie Welt für mich immer normaler. Als ich alt genug war, diese Welt, die normal war und sich doch falsch anfühlte, zu hinterfragen, wurde ich eine neue Istanbulerin.

Die Stadt, in die ich im Alter von 18 Jahren für mein Studium kam, hat mich enorm bereichert, nicht nur in akademischer, sondern auch in persönlicher Hinsicht. Trotz der intoleranten medialen Narrative in meinem Land habe ich in den vier Jahren meines Studiums in Istanbul die Erfahrung einer Willkommenskultur gemacht, die Respekt für Vielfalt unterstützt. Während dieser Zeit strandeten mehrere Wellen von syrischen Flüchtenden in Istanbul, die in Hoffnung auf ein Leben ohne Hass in die Türkei geflohen waren. In der Folge sah ich, wie Menschen, Einheimische wie Zugezogene, sich zusammentaten, um unsere neuen Nachbar*innen ehrenamtlich zu unterstützen – indem sie ihnen Sprachunterricht, Beratung und andere Hilfestellungen anboten. Sie brachten ihre Motivation aufs höchste Maß, indem sie gemeinsam arbeiteten. Ich habe realisiert, dass Kommunikation, besonders interkultureller Art, der Schlüssel für eine alternative Welt ist.

Nachdem ich mein Studium in Istanbul beendet habe, begann ich meinen Freiwilligendienst in einem Projekt mit Geflüchteten in Berlin, einer weiteren Stadt, in der Vielfalt wertgeschätzt wird. Mein Projekt hier hat mir einen tieferen Einblick in die Flüchtlingskrise in Europa sowie einige aufschlussreiche Erfahrungen mit Geflüchteten gegeben. Ich habe an einem Theaterworkshop mit geflüchteten Frauen zu dem Konzept »Kommunikation ohne Sprache« teilgenommen. Diese Erfahrung hat mir gezeigt, dass es möglich ist, trotz Sprachbarrieren zu kommunizieren. Da die Art der Kommunikation, die wir gewöhnt waren, nicht mehr funktionierte, war es erhellend, andere Wege zu finden. Und ich realisierte, dass nicht nur Rechtspopulismus, sondern auch Toleranz in der Welt an Aufschwung gewinnt. Solange wir zugänglich sind für Kommunikation und dafür, unsere Unterschiede wertzuschätzen, ist eine andere Welt möglich.

Irem Nur Yildiz, Jahrgang 1993, leistet einen Freiwilligendienst im Projekt Asyl in der Kirche und in der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.

Bewegungen für Demokratie und Vielfalt

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K + R)

Die BAG K+R wurde im Jahre 2010 von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste mitgegründet und ist in der Geschäftsstelle von ASF angesiedelt. Sie ist ein Zusammenschluss von fast vierzig Initiativen und Organisationen, die Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in- und außerhalb der Kirchen konstruktiv entgegentreten.

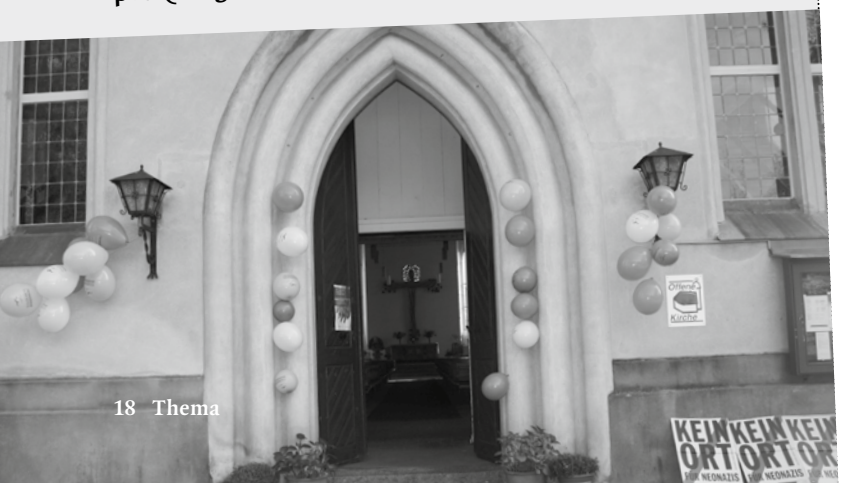
Dass Kirche zur Gestaltung einer lebendigen Demokratie und zur Einhaltung der Menschenrechte beitragen muss, davon ist die BAG K+R überzeugt. Kirche lebt und verkündigt die Verheißung von Frieden und Gerechtigkeit. Die BAG K+R versteht Kirche als »Volk Gottes aus allen Völkern« mit einem inklusiven Charakter ohne Ansehen von Herkunft, Geschlecht, Sprache und Kultur. Die BAG K+R will deutlich machen, dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und extrem rechte Orientierungen nicht nur außerhalb der Kirchen auftreten, sondern auch innerhalb dieser.

Die BAG K+R berät und bringt Akteur*innen in- und außerhalb der Kirchen miteinander in Kontakt. Sie organisiert die Diskussion über die extreme Rechte sowie über Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im kirchlichen Raum durch Seminare und Veranstaltungen sowie durch Publikationen.

Zum Thema »Umgang mit Rechtspopulismus im kirchlichen Raum« veröffentlichte die BAG K+R kürzlich eine Broschüre. Jüngst erschien zudem eine Publikation zu rassismuskritischer Religionspädagogik und Theologie. Die BAG K+R arbeitet an einer Serie von Handreichungen zu allen Elementen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Bereits erschienen sind Texte über Antisemitismus, Rassismus sowie Etabliertenvorrechte. Alle Publikationen können auf der umfangreichen Webseite der BAG K+R heruntergeladen oder über die Geschäftsstelle bestellt werden.

Am 29. und 30. September findet in Magdeburg die nächste größere Veranstaltung der BAG K+R statt: das Forum »Gegen den Hass – Die Kirchen in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus«. Mehr Informationen erhalten Sie online.

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus
Auguststraße 80 | 10117 Berlin | Tel.: (030) 28395 178
post@bagkr.de | www.bagkr.de



Dziewuchy dziewuchom – Frauen für Frauen

Am 3. Oktober 2016 stand ein großer Teil des Landes still. Frauen in ganz Polen legten an diesem »Schwarzen Montag« ihre Lohn- und Hausarbeit nieder, gingen nicht zur Schule oder Universität. Für einen Tag hörten zahlreiche polnische Frauen auf, die Gesellschaft am Laufen zu halten, um stattdessen auf die Straße zu gehen. »Dziewuchy dziewuchom – Frauen für Frauen« heißt die Initiative, die den Streiktag organisiert hat. Sie fordert das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht individuelle, freie Entscheidungen zu treffen. So engagiert sich die Initiative für die unabhängige Aufklärung von Sexualstraftaten und Pädophilie – auch in der Kirche – sowie für gleichen Lohn für gleiche Arbeit unabhängig vom Geschlecht. Ein verschärftes Abtreibungsgesetz, das Schwangerschaftsabbrüche fast vollständig verbietet, konnte die Bewegung vergangenes Jahr mithilfe landesweiter Proteste abwenden. Das Spannende an Dziewuchy dziewuchom ist, dass die Initiative Frauen allen Alters und unterschiedlicher sozialer Hintergründe, also Interessen von Hausfrauen, Studentinnen ebenso wie von berufstätigen Müttern vereint.

https://dziewuchyberlin.wordpress.com/

Hotline für besorgte Bürger

»Was ist eigentlich das christliche Abendland, von dem Du sprichst?« Mit Fragen wie diesen geht Ali Can in den Dialog mit besorgten Bürger*innen. Jeden Mittwoch und Donnerstag sitzen er und vier Ehrenamtliche am Telefon, um mit Menschen zu sprechen, die andere längst abgestempelt haben – als Neonazis, Hinterwäldler*innen oder Rassist*innen. Der Gießener Lehramtsstudent gibt interkulturelle Seminare und Schulungen für Geflüchtete. Europaweite Aufmerksamkeit erlangte Can mit seiner »Hotline für besorgte Bürger«. Freundlich, offen und angenehm ironiefrei will der Mittzwanziger die Bedürfnisse hinter den Parolen offenlegen. Den pauschalisierenden Umgang mit sogenannten besorgten Bürgern hält er für problematisch. Der »Mustermigrant«, wie er sich selbst bezeichnet, will stattdessen »einen Raum jenseits von richtig und falsch bieten.« Auch Ehrenamtliche aus der Arbeit mit Geflüchteten rufen an, etwa mit Fragen zum Islam. Oftmals stoßen Can und seine Mitstreiter*innen im Dialog auf tatsächliche strukturelle Probleme, die zu dem diffusen Gefühl führen, abgehängt zu sein.

0800 90 900 56 (Mi & Do: 18 bis 20 Uhr)
www.hotline-besorgte-buerger.de

»RECHTSPOPULISMUS SCHADET DER SEELE«

Seele. Das ist im Neuen Testament ein Ausdruck für den Ort unseres Denkens, Fühlens und Wollens. Diesen Ort können wir pflegen und schützen. Geben wir nicht genug auf sie acht, kann unsere Seele jedoch schnell Schaden nehmen. Die Plakatkampagne des Kirchenkreises Berlin Stadtmitte soll uns daran erinnern, was uns selbst und vor allem unseren Mitmenschen nicht guttut: »Hass schadet der Seele« steht auf den Bannern, die Gemeinden bestellen und an ihre Kirchen hängen können. Oder auch »Antisemitismus«, »Menschenfeindlichkeit« und »Sexismus«. Angst sei kein politisches Argument, so die Verantwortlichen der Aktion: »Wenn wir auch viele Fragen auf dem Weg in die Zukunft haben, wir vertrauen darauf, dass die Hoffnung auf ein Leben in Frieden und Gerechtigkeit auch ansteckend ist – und unserer Seele guttut.« Die vier-einhalb Meter langen Banner aus LKW-Plane können für dreißig Euro bestellt werden.

www.kkbs.de

MOMENTUM

Anfang des Jahres brachte eine Handvoll junger Ungar*innen Viktor Orbán eine empfindliche Niederlage bei. Anhand von 270.000 gesammelten Unterschriften konnten sie den Ministerpräsidenten und seine Fidesz-Partei von einer Bewerbung Ungarns als Austragungsort für die Olympischen Spiele 2024 abhalten. MOMENTUM gründete sich 2015 als Bürgerinitiative in einem universitären Umfeld und hat sich nun, nach zwei Jahren, als Partei konstituiert. Der Nolympia-Triumph katapultierte die jungen Aktivist*innen um András Fekete-Györ ins Scheinwerferlicht. Doch sie wollen mehr: »Eine neue politische Generation ist herangewachsen. Wir wollen nicht nur Premier Viktor Orbán ablösen, sondern die ganze politische Elite«, so der Vorsitzende. Seine Partei sei patriotisch, bürgernah, sozial und liberal – als links oder rechts verstehe sie sich dabei aber nicht. Wie auch bei der regierenden Fidesz-Partei ist die politische Arbeit von MOMENTUM stark personalisiert: Viele Hoffnungen bündeln sich in dem Juristen Fekete-Györ, der im EU-Parlament und in Berlin Erfahrung gesammelt hat, bevor er nach Ungarn zurückkehrte, um gemeinsam mit Freund*innen die Bewegung zu gründen. Sie eint die Hoffnung, demokratische Veränderungen nach Ungarn zu bringen: »Wir wollen zeigen,« sagt András Fekete-Györ »dass Politik uns alle betrifft und wir sie aktiv mitgestalten können.« Ungarn zu verlassen, ist für ihn jedenfalls keine Option. Derzeit wird ein umfassendes Parteiprogramm ausgearbeitet.

https://momentum.hu/

UNITED FOR INTERCULTURAL ACTION

UNITED ist ein Netzwerk von mehr als 550 Organisationen in 48 europäischen Ländern. Sein Ziel ist die Stärkung zivilgesellschaftlicher Gruppierungen im Kampf gegen Diskriminierung. Dies geschieht durch die Erstellung von Publikationen, die Koordinierung europaweiter Kampagnen, die Veranstaltung von Konferenzen und durch den Aufbau einer europaweiten Netzwerkstruktur. Die ASF-Freiwilligen im UNITED-Sekretariat in Amsterdam betreuen die Webseite, recherchieren Aktionen und Veranstaltungen der europäischen Anti-Diskriminierungs-Bewegung zur Erstellung eines internationalen Kalenders und dokumentieren die Folgen europäischer Flüchtlingspolitik. So halten sie etwa die »List of Refugee Death« aktuell.

Die nächste europaweite UNITED-Konferenz findet vom 19. bis 24. November 2017 nahe Berlin unter dem Motto »Make Every Voice Heard« statt.

www.unitedagainstracism.org

Ein Mutausbruch

»Schreib eine kleine Anmerkung über dich. Das gehört dazu«, haben sie gesagt. Aber wie ich sie schreiben soll, haben sie mir nicht gesagt. Wisst ihr, wie lange man einen Computerbildschirm anstarren kann, ohne ein einziges Wort zu schreiben? An diesem Novembertag in Olomouc hatte ich die Aufgabe, etwas über mich zu verfassen. Das Projekt von der ARPOK, einer gemeinnützigen Organisation im bildungspolitischen Bereich, heißt Human Library, menschliche Bücherei.

Es geht darum, dass jeder Mensch seine eigene Geschichte hat und in seinem Leben gegen Vorurteile oder Stereotypen kämpfen muss. Teams der ARPOK gehen in Schulen und die Schüler*innen dürfen die »menschlichen Bücher« lesen, indem das Buch ihnen seine Geschichte erzählt und die Schüler dann auch Fragen zum Thema stellen dürfen. Vorurteile gegenüber anderen Kulturen, Glaubensrichtungen und Lebenseinstellungen sollen so aus dem Weg geräumt werden.

Ein Schüler liest Freunden seinen eigenen Klappentext vor

Und ich? Ich bin eins der Bücher und darf einen, nennen wir es Klappentext, über mich schreiben. Aber was genau wäre eine knappe Zusammenfassung meines Lebens oder zumindest eines Teils davon? Ich beginne, mir darüber Gedanken zu machen, was mich ausmacht, warum ich ich bin und wer genau eigentlich hinter dieser Mirijam steckt. Dabei bin ich zu einem echt guten Schluss gekommen: Ich bin extrem gut so wie ich bin! Nach gefühlten Stunden voller Selbstreflexion habe ich es geschafft. Zwei Themen, die mein Leben maßgeblich beeinflussen: Ich bin gläubige Christin, die Pfarrerin werden möchte, und ASF-Freiwillige. Anscheinend war mein Buchrücken interessant genug, dass schon bei der ersten »Human Library« sechs Schüler vor mir saßen und mir doch ein wenig Angst machten. Dann tief Luft holen und die Vorstellung auf Tschechisch durchziehen: »Ahoj, jemenuju se Mirijam. Jsem dobrovolnice z německa.« Ich, Mirijam, bin Freiwillige aus Deutschland.

Es ist verrückt, dass sich die Schüler*innen für mich und meine Geschichte interessierten. Anfangs habe ich – zusammen mit einem Human Dictionary (Übersetzer) – einfach von mir erzählt. Danach gab es Fragen, die mich wirklich überrumpelt haben. Etwa: wie ich damit umginge, wenn mich jemand als Nazi bezeichnen würde. Bei der Vorstellung, dass ich Nazi genannt werden könnte, muss ich lachen. Weil es so surreal ist. Auch wie ich meinen christlichen Glauben mit der Evolution vereinbaren könne? Bis heute sehe ich darin kein Problem. Oder wie ich andere Religionen akzeptieren könnte, wenn ich doch die richtige gefunden hätte? Es war spannend, die Reaktion der Schüler*innen auf meine Antworten zu sehen. Es gibt kein richtig und kein falsch. Ich habe im Christentum den für mich richtigen Glauben gefunden. Und alle haben die freie Wahl, die für sie passende Religion zu finden.

Wenn ich mir jetzt, Monate nachdem ich meinen eigenen Klappentext geschrieben habe, wieder meine Gedanken über Menschen als Bücher mache, dann fällt mir auf, dass ich die Lebensläufe meiner Senior*innen, Arbeitskolleg*innen und Mitfreiwilligen viel mehr zu schätzen weiß als vorher. Es ist eines der größten Geschenke, zuhören zu dürfen. Vor allem, da es manchmal so schwierig sein kann, einfach mal nichts zu sagen. Deswegen stelle ich mich selbst immer wieder der Herausforderung, einen Menschen als Buch zu sehen und meine Nase ganz neugierig in die Seiten seiner Erlebnisse zu stecken. Auch wenn es zwischendrin ein bisschen Mut braucht, jemanden danach zu fragen. Ein Sprichwort, das mich seit Beginn des Jahres als Freiwillige begleitet, motiviert mich dazu: »Man sollte viel öfter einen Mutausbruch haben!«

Mirijam Grab, Jahrgang 1997, ist Freiwillige in Olomouc, Tschechien, bei »Živá paměť Olomouc«. Neben ihrer Tätigkeit bei ARPOK besucht sie ehemalige Häftlinge und Zwangsarbeiter*innen sowie ältere Menschen der jüdischen Gemeinde zu Hause.

Niemand wird geboren, um zu hassen

Ihr Einsatz gegen Antisemitismus und Rassismus ist für Nina Spieler ein Privileg. Warum dieses Engagement so wichtig ist.

Bevor ich in die USA zog, dachte ich, Antisemitismus wäre etwas ausschließlich Europäisches. Aufgewachsen in überwiegend geschützten und toleranten Kreisen, habe ich mir sogar erlaubt zu hoffen, er gehöre der Vergangenheit an. Aber während meines Freiwilligendienstes habe ich festgestellt, dass ich mit beidem falsch lag. Seit Beginn des Jahres haben mehrere jüdische Gemeindezentren und Schulen Bombendrohungen erhalten. Jüdische Friedhöfe in St. Louis und Philadelphia wurden verwüstet und geschändet. Zweifellos ist Antisemitismus weder etwas Europäisches noch ein Phänomen der Vergangenheit: Er ist global und geschieht vor unseren Augen.

Das gibt mir ein Gefühl der Ehre und des Privilegs, als Freiwillige im American Jewish Committee (AJC) arbeiten zu dürfen. Die Bekämpfung von Antisemitismus ist dort Priorität. Besonders gut gefällt mir dabei, dass wir Strategien entwerfen, Antisemitismus entgegenzutreten, anstatt uns zurückzulehnen und darauf zu warten, dass die Politik Maßnahmen ergreift. Und wir führen die Konversation über Antisemitismus nicht nur mit uns selbst, sondern mit jüdischen und nichtjüdischen, amerikanischen und internationalen Partner*innen und Verbündeten. Im November 2016 gründete das AJC gemeinsam mit muslimischen Partner*innen den Muslimisch-Jüdischen Beirat, der Antisemitismus, Islamophobie und allen anderen Formen von Diskriminierung öffentlich entgegentritt.

Wie viele Europäer*innen stellte ich mir die amerikanische Gesellschaft vor meinem Freiwilligendienst als den wahrgewordenen Traum von Freiheit und Fortschritt vor. Doch in den USA zu leben und zu arbeiten, hat mir eine facettenreichere, vielschichtige Perspektive gegeben. Jüdisches Leben blüht in Amerika und blickt auf eine gute Zukunft. Und doch scheint der Hass zuzunehmen.

AJC hat ein Motto: »Niemand wird geboren, um zu hassen« (Anm. d. R.: Nach Nelson Mandela: »Niemand wird geboren, um einen anderen Menschen zu hassen.«). Hass, Hetze, Hassverbrechen – alle drei sind giftig, da sie »die Anderen« entmenschlichen. Wenn wir uns Hass widersetzen, behaupten wir nicht nur unsere Menschenwürde, sondern erklären, dass die Würde anderer Menschen den Anspruch auf unsere Menschenwürde begründet. Jüdische und nichtjüdische Menschen müssen sich gegen Antisemitismus zusammentun. Aus der Geschichte haben wir gelernt: Was als Antisemitismus anfängt, endet als etwas noch Größeres, heißt es beim AJC. Der Hass wird auch gegen andere Gruppen gerichtet werden – Muslim*innen, Latin@s und andere Minderheiten.

Heute bin ich nicht mehr sicher, ob die amerikanische Gesellschaft und ihre europäischen Gegenstücke zukunftsfähig sind. Unsere Gesellschaften sind zutiefst gespalten. Der Aufstieg der Alt-Right (Anm. d. R.: neurechte Bewegung, die in den letzten Monaten an Aufschwung gewonnen hat) und die Ausbreitung von Hassverbrechen bedrohen die grundsätzlichen Werte, auf denen unsere Hoffnungen auf Sicherheit, gegenseitigen Respekt und die Rechte aller Religionen, ethnischen Gruppen und Kulturen basieren.

Wir müssen mehr Zuversicht in die Werte gewinnen, die wir schätzen. Obwohl sie uns vielleicht offensichtlich erscheinen, können wir sie nicht als selbstverständlich erachten oder unsere persönliche Verantwortung an die Autoritäten delegieren. Falls jemand dafür einen Beweis braucht, müssen wir uns nur die merkwürdige Zurückhaltung des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten ansehen, Antisemitismus explizit und entschieden zu verurteilen.

Nina Spieler, Jahrgang 1993, ist derzeit Freiwillige im American Jewish Committee in New York City.

Auf geht's! Für den Freiwilligendienst begeistern

Wäre es nicht großartig, wenn Sie einen jungen Menschen für den Freiwilligendienst mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienst begeistern könnten? Wir würden uns freuen, wenn Sie in Ihrem Umfeld, in der Familie, bei Kolleg*innen, in Ihrem Verein, im Freundeskreis oder Ihrer Kirchgemeinde auf die Möglichkeit unserer internationalen Freiwilligendienste aufmerksam machen könnten.

Bewerbungsschluss ist am 1. November 2017 (für einen Freiwilligendienst ab September 2018). Jetzt informieren und bewerben unter www.asf-ev.de/freiwilligendienst.

Gerne senden wir Ihnen Flyer zu:
E-Mail an: infobuero@asf-ev.de
Tel.: (030) 28395-184

Lothar Kreyssig-Friedenspreis

Der Theologe, Publizist und Übersetzer Dr. Theo Mechtenberg (88) aus Bad Oeynhausen erhält den Lothar-Kreyssig-Friedenspreis 2017 für seine Verdienste um die deutsch-polnische Versöhnung und Verständigung. Der Preis wird seit 1999 von der gleichnamigen Stiftung des Evangelischen Kirchenkreises Magdeburg an Menschen, Gruppen oder Organisationen verliehen, die sich für Versöhnung und Frieden in Europa einsetzen. Er erinnert an Lothar Kreyssig, den Gründer von Aktion Sühnezeichen.

Theo Mechtenberg ist durch sein über 50-jähriges publizistisches Wirken zu einem wichtigen Interpreten und Vermittler der Entwicklungen in der Gesellschaft und Kirche Polens geworden. 1972 ging er nach Polen und arbeitete für die renommierte Zeitung »Tygodnik Powszechny«. Von 1979 bis 1993 war er Dozent am Ost-West-Institut »Gesamteuropäisches Studienwerk e. V.« in Vlotho, bis 2016 dessen Vorsitzender. Er war Mitglied des Vorstandes der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung. Die öffentliche Preisverleihung findet am 11. November 2017 um 11 Uhr in der Johanniskirche zu Magdeburg statt.

Joachim Garstecki,
stv. Vorsitzender des Kuratoriums Lothar-Kreyssig-Friedenspreis

Jetzt anmelden: Studienreise nach Belarus

Auch 2018 organisiert ASF wieder eine Studienreise nach Belarus – vom 5. bis 17. Juni. Die Reise gibt intensive Einblicke in die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse und ermöglicht Begegnungen mit Schriftsteller*innen, Politiker*innen, Bürgerrechtler*innen, Studierenden und Freiwilligen in ihren Projekten. Eine Teilnehmerin der Reise 2016 schrieb: »Die Reise nach Belarus war für mich der Höhepunkt des vergangenen Jahres, so viel Begegnung, Erfahren, Verstehen, einfach toll. Ich bin wild entschlossen an einem ASF-Sommerlager teilzunehmen, Wolgograd, Ukraine oder Bosnien, mal schauen.«

Anmeldung bis 15. Februar 2018,
Kosten: 1.050 Euro

Mehr Informationen:
www.asf-ev.de/studienreisen oder
Tel.: (030) 28395-184

Leckere Spendenaktion

Eine besonders charmante Idee für eine Spendenaktion für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste hatte das Hotel-Restaurant Anne-Sophie in Künzelsau: Bei einer Food-Truck-Aktion Ende April konnten die Menschen vor Ort nicht nur eine köstliche Mittagspause verbringen, sondern sich auch über ASF informieren und zur Entstehung einer Spende von insgesamt 250 Euro beitragen. Denn von jedem verkauften Essen spendete der Veranstalter 50 Cent an Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Wir bedanken uns ganz herzlich für diese tolle Spende und die schöne Idee beim Hotel-Restaurant Anne-Sophie und bei allen, die an diesem Tag dabei waren!

25 Jahre Freiwilligenarbeit in Belarus

Angehörige haben an die Bäume die Lebensdaten der hier im Wald von Blagowtschina Ermordeten angebracht.

Vom 21. bis 24. Juni 2017 sind rund 90 Menschen aller Altersgruppen in Minsk zusammengekommen, um das 25-jährige Jubiläum der Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Belarus zu begehen. Der Termin wurde nicht zufällig gewählt, jährte sich doch der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni zum 76. Mal. Das Jubiläum war stark geprägt von der persönlichen Begegnung mit den belarussischen Projektpartner*innen. Berührende Begegnungen gab es auch mit dem jüdischen Überlebenden Pavel Markowitsch Rubintschik, der das Minsker Ghetto und Zwangsarbeit überlebte. Die Teilnehmenden besuchten zahlreiche Gedenkorte in Minsk und Umgebung, unter anderem die »Jama« auf dem Gelände des ehemaligen Minsker Ghettos (wo die SS am 2. März 1942 etwa 5.000 Juden erschoss), Maliy Trostenec und den Wald von Blagowtschina (wo zwischen Sommer 1941 und Frühjahr 1944 bis zu 150.000 Menschen von den deutschen Besatzern durch Erschießung und in Gaswagen ermordet wurden) und Chatyn (wo 1943 zwei SS-Kommandos in einer »Vergeltungsaktion« das Dorf überfielen und vollständig niederbrannten, nur vier Menschen überlebten). Neben der Auseinandersetzung mit Gedenk- und Erinnerungskultur diskutierten die Teilnehmenden über Zukunftsperspektiven für die Arbeit mit Menschen mit Beeinträchtigung in Belarus.

Jugendbildungsstätte LidiceHaus feiert 30-jähriges Bestehen

Seit der Gründung im Jahr 1987 steht das LidiceHaus für politische Jugendbildung in Bremen: Die Einrichtung bietet ein vielfältiges Programm für junge Menschen und Multiplikator*innen der Jugendarbeit. Das Team des LidiceHaus engagiert sich für eine demokratische, solidarische und gerechte Gesellschaft. Die pädagogischen Angebote sollen das Selbstbewusstsein und die Eigenständigkeit junger Menschen fördern. Kinder und Jugendliche werden in ihrer Kommunikations-, Kooperations- sowie Konfliktfähigkeit gestärkt und ermuntert, sich mit ihrer Stimme Gehör zu verschaffen und sich für eine lebenswerte Gesellschaft einzusetzen. Die Themenschwerpunkte des LidiceHauses haben sich in den letzten 30 Jahren entlang gesellschaftlicher Entwicklungen und Problemlagen kontinuierlich weiterentwickelt. Die Angebote außerschulischer Jugendbildung orientieren sich an aktuellen Lebenswelten und neuen Herausforderungen: Ganz aktuell sind zum Beispiel Begegnungsangebote für junge Menschen in Bremen mit und ohne Fluchthintergrund sowie ein Projekt gegen Hassrede im Internet.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste gehört zu den Gesellschaftern des Hauses. Dort finden auch Seminare, etwa das Treffen der Sprecher*innen der Regionalgruppen, statt.

Mehr Infos zum LidiceHaus:
www.lidicehaus.de

Personalwechsel im Vorstand

Auf der Mitgliederversammlung am 27. Mai 2017 in Berlin gab es einen Wechsel im Vorstand: Nach fünf Jahren verabschiedete sich Matteo Schürenberg. Ihm folgt Viola Kennert als stellvertretende Vorsitzende nach.

Matteo Schürenberg im Gespräch mit der NS-Überlebenden Margot Friedlander. Rechts: Viola Kennert

Ich kann mich noch gut an Matteo erinnern, als er im September 2004 in Hirschluch beim Ausreiseseminar auf seinen Freiwilligendienst in Belgien vorbereitet wurde. In Brüssel begleitete er ein Jahr lang ältere Menschen in einem Altenclub der jüdischen Gemeinde. In den folgenden Jahren engagierte er sich auf vielfältige Weise ehrenamtlich bei ASF. Er war Teamer der Vorbereitungs- und Auswahlseminare, leitete Sommerlager in Frankreich und Belgien und half dort bei der Restaurierung jüdischer Friedhöfe.

Im Leitungskreis beteiligte er sich viele Jahre an der Planung der Sommerlager und der Jahresversammlungen. 2012 wurde er als Beisitzer in den Vorstand gewählt, im vergangenen Jahr wurde er stellvertretender Vorsitzender, bis er dann im Mai aus dem Vorstand ausschied.

Wenn man Matteo morgens begegnet, sitzt er meistens hinter einer Zeitung. Sein großes Interesse an politischen und historischen Themen paart sich bei ASF mit einem Gespür und einer Zuneigung für die Menschen, mit denen er zusammen kommt. Diese gute Mischung aus politischer Einschätzung, ASF-Kenntnis und Aufmerksamkeit brachte er nun fünf Jahre in den Vorstand ein und trieb die Debatten innerhalb und außerhalb des Vereins voran.

Vielen Dank, lieber Matteo, für Dein bisheriges Engagement und für Deine konstruktive, kollegiale und humorvolle Art, mit der Du Dich bisher eingebracht hast. Wir freuen uns auf weitere Begegnungen und sicherlich noch viele gemeinsame Projekte!

Jutta Weduwen

Auf der Mitgliederversammlung wurde Viola Kennert in den geschäftsführenden Vorstand von ASF gewählt. In ihrer Vorstellung sagte sie: »Neuköllner Stadtteilmütter und ihre Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus – dieses Projekt von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist für mich in den letzten Jahren eines der wichtigsten im Kirchenkreis Neukölln. Das Projekt ist zukunftsweisend, weil es Integration und Geschichtsbezogenheit selbstverständlich verbindet. Als Pfarrerin habe ich in der Gemeinde die Aussendungsgottesdienste für Freiwillige mitgestaltet und die Predigthilfen für den Israelsonntag in das gemeindliche Gespräch und gottesdienstliche Handeln einzubeziehen, gehört zu meiner pastoralen Praxis. Die Arbeit und die Impulse von ASF sind in ihrer Geschichtsbezogenheit ein unerlässlicher Baustein für gesellschaftliches, politisches und kirchliches Handeln. Das möchte ich gerne stärken und mit Ihnen zusammen weiterentwickeln.«

Die Theologin Viola Kennert ist seit 1979 Pfarrerin, war neun Jahre in der evangelischen Gemeinde in Luxemburg und 13 Jahre in Berlin-Charlottenburg tätig. Seit 2010 ist sie Superintendentin in Berlin-Neukölln. Seit vielen Jahren arbeitet sie in der Landessynode mit und war auch Mitglied der EKD-Synode.

Wir freuen und auf die Zusammenarbeit mit Viola Kennert!

Wahrheit – Kompass in Richtung Freiheit

»Wahrheit« ist ein großes Wort. Jesus hat gesagt: »Wenn ihr bleiben werdet an meinem Wort, so seid ihr wahrhaftig meine Jünger und werdet die Wahrheit erkennen und die Wahrheit wird euch frei machen.« So berichtet es das Johannesevangelium (Kapitel 8, Vers 31, 2. Hälfte und Vers 32). Wahrheit ist die Wirklichkeit Gottes. Gott öffnet uns die Augen für die Wirklichkeit der Welt. Seine Wahrheit macht die Menschen frei, weil sie uns den Kompass für unseren Weg in der Welt gibt.

Und die Zeiten sind so, dass wir einen Kompass brauchen: Denn die digitale Veränderung der Welt verändert unser Leben stärker, als es gut für uns ist. Respekt und Toleranz sind nie selbstverständlich; sie müssen immer wieder neu gelernt und erworben werden. Aber jetzt scheint es, dass diese Werte in Teilen der Gesellschaft nicht mehr geachtet werden. Die digitalen Medien haben das Kommunikationsverhalten vieler Menschen massiv verändert. Sie gefährden das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Eine offene Gesellschaft verträgt keine Ausgrenzung. Sie braucht Respekt und Toleranz, die auf der Würde jedes Einzelnen beruhen – egal welcher Herkunft, Hautfarbe oder Religion.

Unsere Realität sieht zurzeit anders aus. Anstelle von Respekt und Toleranz erleben wir immer wieder Verleumdungen, Lügen, Halbwahrheiten und Hassbotschaften, vor allem in den sozialen Medien. Es ist zu spüren, wie Menschen sich davon verunsichern lassen. Und eine diffuse Angst ist immer wieder spürbar, vor Veränderungen, vor Fremdem, vor … ja, wovor eigentlich? Unübersehbar spielen manche mit diesen Verunsicherungen, schüren Ängste, agitieren gegen demokratisch legitimierte Institutionen und spalten auf diese Weise unsere Gesellschaft. Populismus ist eine »von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen [...] zu gewinnen«, sagt der Duden. Das Erfolgsrezept von Populisten scheint auf einer kurzen Formel zu basieren: einfache Antworten auf schwierige Fragen zu geben. Populismus kann unsere Demokratie in Gefahr bringen. Auf jeden Fall zeigt der Erfolg populistischer Parolen, dass Probleme vernachlässigt worden sind und dass Menschen sich nicht gehört und nicht verstanden fühlen.

Der Zustand unserer Demokratie kann uns Christen nicht egal sein. Wir spüren, dass wir dem Hass und der Wut, der Lüge und der Ausgrenzung entgegentreten müssen. Und wir wissen, wie eng Wahrheit und Freiheit zusammenhängen. Unsere Gesellschaft – und unsere Kirche – braucht eine Debattenkultur, in der Herausforderungen und Probleme ehrlich benannt werden können, in der jeder dem anderen zuhört, und in der gemeinsam um passende Lösungen gerungen wird. Ohne »moralischen Hochmut« (Karl-Rudolf Korte). Die Wirklichkeit mit anderen Augen zu sehen, ist der erste Schritt zur Wahrheit.

Wir Christen wissen, wie frei das machen kann. Darum lasst uns zu denen gehen, die Fragen haben. Und zuhören. Und versuchen, miteinander ins Gespräch zu kommen darüber, was wahr ist und gerecht und was den anderen achtet. Auch wenn es immer Menschen geben wird, die über ihre Wahrnehmung der Verhältnisse nicht mehr mit sich reden lassen. Denn das ist die Spur, auf die Jesus uns gesetzt hat: Bleiben. Suchen. Die Wahrheit erkennen. Frei werden.

Dr. Irmgard Schwaetzer, Jahrgang 1942, Apothekerin, war 1980–2002 Mitglied im Deutschen Bundestag, 1987–1991 Staatsministerin im Auswärtigen Amt, 1991–1994 Bundesbauministerin. Seit 2013 ist sie Präses der Synode der EKD und Mitglied im Rat der EKD.

Geldauflagen für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Vielfach erhält ASF, wie auch andere gemeinnützige Organisationen, Geldzahlungen durch Zuweisungen der Justiz nach Entscheidungen der Staatsanwaltschaft oder durch strafrichterliche Entscheidungen.

Einerseits kann bei einem Vergehen das Strafverfahren gegen die Auflage einer Geldzahlung an die Landeskasse oder eine gemeinnützige Einrichtung eingestellt werden. Eine weitere Möglichkeit für Geldauflagen entsteht, wenn bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von maximal zwei Jahren die Vollstreckung der Strafe zur Bewährung ausgesetzt wird und das Gericht der oder dem Verurteilten eine Zahlung an eine gemeinnützige Organisation auferlegt. Beide Geldauflagen sollen aus strafrechtlicher Sicht das durch die Straftat eingetretene Unrecht ausgleichen. Außerdem ermöglichen sie eine Entlastung der Gerichte, wenn bereits vor der Gerichtsverhandlung ein Verfahren wegen kleinerer oder mittlerer Kriminalität gegen eine solche Auflage eingestellt werden kann. Eine Geldauflage soll nicht als Freikauf verstanden oder gehandhabt werden. Wenn sie bei Bewährungsentscheidungen erfolgt, soll sie die Täter*innen für die Folgen ihrer Tat zur Verantwortung ziehen. Immer sind dabei die wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen zu berücksichtigen, allein schon um die Zahlungen tatsächlich zu ermöglichen.

Durch Geldauflagen erhält ASF Zahlungen von Menschen, denen eine Straftat vorgeworfen wurde oder die wegen einer Straftat verurteilt worden sind. Dies mag eine Organisation, die sich positiven Zielen verschrieben hat, zunächst befremden. Zudem erfährt sie in der Regel nicht, welche konkrete Tat vorgeworfen wurde. Eine Verweigerung der Annahme von Geldzahlungen bestimmter Täter*innen, etwa bei fremdenfeindlichen oder antisemitischen Straftaten, ist ASF in der Regel mangels Informationen über die Tat und deren Hintergründe nicht möglich. Mit der Zahlung einer Geldauflage wird der Gesinnungswandel bei der Täterin oder dem Täter nicht überprüft. Andererseits hat der Gesetzgeber, mithin der Bundestag, diese Regelungen durchaus bewusst getroffen: Nicht jeder, der mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gerät, soll stets verurteilt werden. Und nicht alle, die zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sind, sollen diese auch immer und unbedingt verbüßen. Das Strafverfahren als solches ist für die Beschuldigten bereits ein deutlicher Hinweis, dass sie nicht unbeobachtet geblieben sind. Eine Geldzahlung ist auch eine Erinnerung an das begangene Unrecht und kann mithin zur Auseinandersetzung mit den eigenen Handlungen beitragen.

Asareel Kriener, von September 2000 bis Februar 2001 Freiwilliger im Infobüro Berlin, von März 2001 bis August 2002 Freiwilliger beim Jewish Council on Urban Affairs, Chicago, USA. Seit Januar 2013 in der Justiz tätig.

Wir bedanken uns sehr herzlich bei unserem langjährigen Partner Dr. Johannes Pernkopf, der den Bereich der Geldauflagen bei ASF aufgebaut und über 17 Jahre lang betreut hat. In dem Zeitraum ist es ihm gelungen, rund 700.000 Euro zu akquirieren. Seit Januar 2017 werden die Geldauflagen ASF-intern betreut. Wenn Sie Richter*innen im Bereich Strafrecht kennen, freuen wir uns, wenn Sie sie auf die Möglichkeit einer Zuweisung an ASF hinweisen. Wenn Sie uns die Kontaktdaten mitteilen, verschicken wir auch gerne ein Infopaket. Bei Fragen steht Ihnen Heike Lemmel zur Verfügung: lemmel@asf-ev.de oder (030) 28395-117.

TERMINE

28. September 2017 | 19.00 Uhr
GESCHICHTE EINER AUSSTELLUNG. HOLOCAUST-ERINNERUNG IN BELARUS.
Ort: Bremen, Landeszentrale für politische Bildung, Birkenstraße 20/21

Die Forschungsstelle Osteuropa, Universität Bremen und die Regionalgruppe der Aktion Sühnezeichen Weser-Ems laden ein zu einem Gespräch mit dem belarussischen Historiker und Ausstellungskurator Dr. Aliaksandr Dalhouski (Universität Minsk), moderiert von Dr. Ulrike Huhn (Universität Bremen).
Die Veranstaltung findet statt im Rahmen der Wanderausstellung »Vernichtungsort Malyj Trostenez. Geschichte und Erinnerung« im Rathaus Bremen, 19.9.–16.10.2017: https://ibb-d.de/events/wanderausstellung-vernichtungsort-malyj-trostenez-geschichte-und-erinnerung-in-bremen/

7. Oktober 2017 | 9.00 Uhr
EHEMALIGEN-TREFFEN VON USA-FREIWILLEN AUS DEN 70ER JAHREN
Ort: Berlin, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Auguststraße 80, 10117 Berlin

Austausch über die Erfahrungen und Erlebnisse als Community Organizer in den USA, über aktuelle globale Entwicklungen im politischen, gesellschaftlichen und ökologischen Spektrum und die Frage, wie diese Erfahrungen in heutigen Zeiten genutzt werden können.

26. Oktober 2017 | 18.00–21.30 Uhr
PODIUMSDISKUSSION ZUM DEUTSCH-ISRAELISCHEN VERHÄLTNIS
Ort: Stuttgart, im Hospitalhof Stuttgart

Podiumsdiskussion mit Prälatin Gabriele Wulz (Landeskirche Württemberg) und Jutta Weduwen (ASF) zum deutsch-israelischen Verhältnis

7. November 2017 | 19.00 – 21.30 Uhr
»DEM HASS EINE KRAFT ENTGEGENSETZEN« – WIE FRIEDEN MÖGLICH WIRD
Ort: Frankfurt, Evangelische Akademie Frankfurt, Römerberg 9, 60311 Frankfurt am Main

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, die evangelische Akademie Frankfurt und die Bildungsstätte Anne-Frank laden ein zu einem Gespräch mit Dr. Stephan Reimers (ASF) und Dr. Meron Mendel (Anne-Frank-Bildungststätte).

9. November | 13.00 – 19.00 Uhr
HERAUSFORDERUNGEN DER ERINNERUNGSARBEIT
Ort: Berlin, Evangelische Kirchengemeinde Martin-Luther, Fuldastraße 50, 12045 Berlin

Als Abschlussveranstaltung des diesjährigen EU-Projekts »Oppression and Opposition« lädt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zu einer Ausstellungseröffnung der Werke, die im Rahmen von vier internationalen Sommerlagern entstanden sind, ein. Im Anschluss an die Ausstellung gibt es Berichte und Diskussionen mit Projektpartnern, Teamer*innen, sowie Gästen aus Praxis und Forschung zum Thema »Herausforderungen der Erinnerungsarbeit«.

Anschließend
9. November 2017 | 19.00 Uhr
»BRING UNS VON IRRTUM ZUR WAHRHEIT« – ASF-GOTTESDIENST ZUM GEDENKEN AN DIE NOVEMBERPROGROME.
Ort: Berlin, Evangelische Kirchengemeinde Martin-Luther, Fuldastraße 50, 12045 Berlin

SAVE-THE-DATE:
Am Wochenende vom 25. bis 27. Mai 2018 feiern wir in Berlin 60 Jahre Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Ich möchte Gutes tun!

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Und unterstütze die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Ich werde Mitglied!

☐ Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste meine Stimme geben und Mitglied werden.
(Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:

Name: .....

Adresse: .....

Den Mitgliedsantrag gibt es auch auf www.asf-ev.de/mitglieder

Ich spende!

☐ Bitte ziehen Sie ab dem ..... (Datum) von meinem Konto ..... Euro
☐ einmalig ☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich ein.

Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.
Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Name: .....

Vorname: .....

IBAN: .....

BIC: .....

E-Mail: (auch für Einladungen und weitere Informationen) .....

ASF Gläubiger Identifikationsnummer DE33ZZZZ00000347023 | Die Mandatsreferenznummer teilen wir mit dem Dankesschreiben mit.

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....
Ort, Datum und Unterschrift der/des Kontoinhaber*in

Bitte senden an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin. Oder faxen an: (030) 28395-135

✂ .....

Predigthilfe zur ökumenischen Friedensdekade – mit Texten und Themen, die uns alle angehen

Drei Mal jährlich erscheinen die Predigthilfen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste: Zum internationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar, zum Israelsonntag und zur Ökumenischen Friedensdekade im November. Darin finden sich Liturgievorschläge und Predigtentwürfe, Materialhinweise und Rezensionen, aber auch politische und theologische Artikel zu den Themen, die uns bei ASF bewegen und mit denen wir uns an die Öffentlichkeit wenden.

In der diesjährigen Predigthilfe finden sich exegetische Überlegungen und Liturgievorschläge für Pogromgedenken und Friedensdekade, aber auch weitere Artikel zum Thema Rechtspopulismus und der Selbstinszenierung der Identitären Bewegung, zum Antisemitismus im deutschen Rap und zum »Sechs Tage Krieg« in Israel. Erhältlich unter www.asf-ev.de/predigthilfe (digital) oder Tel. 030 28 395-184 (gedruckt)

Wie bekomme ich das *zeichen*?

Mitglieder, Projektpartner, Multiplikator*innen, für ASF kollektierende Gemeinden, ehemalige Mitarbeiter*innen und Ehrenamtliche erhalten das *zeichen* als Dankeschön, zum Weitergeben, zur Information, um neue Leser*innen zu werben. Ehemalige Freiwillige erhalten das *zeichen* in den ersten fünf Jahren nach dem Friedensdienst. Und ansonsten liegt das *zeichen* ab einer Spende von zehn Euro jährlich an Aktion Sühnezeichen Friedensdienste immer aktuell bei Ihnen und Euch im Briefkasten.

DZI Spenden-Siegel

Das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bescheinigt den verantwortungsbewussten Umgang mit den anvertrauten Mitteln. Als Zeichen für Vertrauen trägt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. seit 2001 das DZI Spenden-Siegel.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ASF e. V.

IBAN

DE68 1002 0500 0003 1137 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

BFSWDE33BER

SPENDEN-ORGANISATION

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

Zi17B02

ggf. Stichwort

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE 06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE

Beleg / Quittung für den/die AuftraggeberIn

IBAN KontoinhaberIn

Empfänger

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80 / 10117 Berlin

Bank für Sozialwirtschaft Berlin /
IBAN DE68 1002 0500 0003 1137 00 /
BIC BFSWDE33BER

Wir sind wegen Förderung gemeinnütziger Zwecke nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I von Berlin, StNr. 27/659/51675 vom 20. Nov. 2014 für die Jahre 2011 bis 2013 gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit. Es wird bestätigt, dass der Betrag nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet wird.

Spendenbetrag: Euro, Cent

Zuwendungsbestätigung

Bis 200 Euro gilt dieser Beleg mit Ihrem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung. Bei Beträgen über 200 Euro schickt Ihnen ASF am Beginn des Folgejahres automatisch eine Zuwendungsbestätigung zu.

Name AuftraggeberIn / Quittungsstempel

Auf in die Welt

Für zwölf Monate:
Geschichte(n) erleben – Verantwortung übernehmen

Bewirb dich jetzt für den Friedensdienst 2018/2019!

Du möchtest dich sozial oder politisch engagieren? Und im Ausland Erfahrungen sammeln und dich für Versöhnung und Verständigung einsetzen? Dann bist du beim Freiwilligendienst mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste genau richtig.

ASF bietet 180 Projekte für zwölf Monate in 13 Ländern und eine kompetente Vorbereitung und professionelle Begleitung vor Ort.

www.asf-ev.de/freiwilligendienst | Bewerbungsschluss 1. November 2017

Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste

www.asf-ev.de **www.facebook.com/asf.de**